

SR 2603

**Unterstützung des BMU im Verfahren
zur Stilllegung des Forschungsberg-
werkes Asse II**

Abschlussbericht zum 31.12.2008

Darmstadt, 25. Juni 2009

Im Auftrag des

Bundesamtes für Strahlenschutz

**Öko-Institut e.V.
Büro Darmstadt**

Rheinstraße 95
D-64295 Darmstadt

Telefon +49 (0) 6151 - 8191 - 0

Fax +49 (0) 6151 - 8191 - 33

Geschäftsstelle Freiburg

Postfach 50 02 40
D-79028 Freiburg

Hausadresse

Merzhauser Straße 173
D-79100 Freiburg

Telefon +49 (0) 7 61 - 4 52 95-0

Fax +49 (0) 7 61 - 452 95-88

Büro Berlin

Novalisstraße 10
D-10115 Berlin

Telefon +49 (0) 30 - 28 04 86-80

Fax +49 (0) 30 - 28 04 86-88

SR 2603

**Unterstützung des BMU im Verfahren
zur Stilllegung des Forschungsberg-
werkes Asse II**

Abschlussbericht zum 31.12.2008

Autorinnen:

Dipl.-Ing. (BA) Beate Kallenbach-Herbert

Dr.-Ing. Veronika Ustohalova

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung des Auftraggebers (Bundesamt für Strahlenschutz) übereinstimmen.

Kurzzusammenfassung

Der vorliegende Bericht wurde als Abschlussbericht zum Stichtag 31.12.2008 im Rahmen des Vorhabens SR 2603 „Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II“ erstellt. Er fasst den Stand des regionalen Beteiligungsprozesses zum Stilllegungsverfahren für den Zeitraum vom 1. April 2008 bis 31. Dezember 2008 zusammen. Außerdem wird der bisherige Prozess an den Zielen der Asse-II Begleitgruppe (BG A-II) gespiegelt und es werden einige Hinweise für die weitere Entwicklung des Beteiligungsprozesses abgeleitet.

Die Ergebnisse aus dem ersten Bearbeitungszeitraum des Vorhabens vom 08.10.2007 bis zum 31.03.2008 sind in einem separaten Bericht dargestellt, der in der abschließenden Fassung vom 09.06.2008 beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) vorliegt.

Im Berichtszeitraum des vorliegenden Abschlussberichts prägten aktuelle Themen, insbesondere die Fragen der Kontamination der im Bergwerk vorhandenen Salzlösungen und die Vorbereitungen zur Übertragung der Zuständigkeiten für den Betrieb an das BfS, die Diskussionen in der BG A-II. Eine kontinuierliche, intensive Diskussion zu den ursprünglich geplanten Diskussionspunkten war daher in den Sitzungen der gesamten Begleitgruppe aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Die Sitzungen dienten vor allem dem Informations- und Meinungs austausch über die aktuell auftretenden Fragen.

Eine intensive Fachdiskussion mit dem Ziel, Empfehlungen zur Prüfung alternativer Stilllegungskonzepte zu entwickeln, erfolgte in der Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO). Die AGO stellte durch schriftliche Stellungnahmen und regelmäßige Berichte den Informationstransfer in die BG A-II sicher.

Aufbauend auf Beobachtungen in der ersten Projektphase, dass die Konzeption des Beteiligungsprozesses und die Ziele der BG A-II und der AGO in der Öffentlichkeit nicht bzw. unzureichend bekannt sind, wurde im September 2009 vom Öko-Institut eine telefonische Befragung der stimmberechtigten Mitglieder der Begleitgruppe durchgeführt. Sie war darauf ausgerichtet, einerseits die Einschätzung der Mitglieder hinsichtlich der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit direkt zu erfahren, andererseits die Wünsche und Vorstellungen für deren zukünftige Gestaltung zu sammeln. Dabei wurde auch berücksichtigt, wie die Befragten die Rolle der BG A-II in dem jeweiligen situativen Kontext einschätzen.

Alle Befragten äußerten den Wunsch, die Arbeit der BG A-II zukünftig stärker in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Als Hauptzielgruppe wurde die breite Öffentlichkeit in der Region benannt. Die vielfältigen Ideen der Befragten zur Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit sind als Teil der Ergebnisse der Befragung zusammengestellt.

Zur Evaluation des bisherigen Verlaufs wurden die Beobachtungen und Erkenntnisse über den Beteiligungsprozess zur Stilllegung der Asse II an den von der BG A-II definierten und in der Geschäftsordnung verankerten generischen und inhaltlichen Zielen gespiegelt, sofern das bei den einzelnen Zielen zum Stand des Verfahrens Ende 2008 sinnvoll war.

Dabei wurde berücksichtigt, dass der bisherige Prozessverlauf durch die historische Entwicklung vor dem Einsatz der BG A-II sowie durch eine Vielzahl aktueller Ereignisse geprägt war, die eine kontinuierliche Entwicklung des Beteiligungsprozesses unter konstanten äußeren Randbedingungen nicht erlaubten.

Als Ergebnis dieses Evaluationsschrittes wurde festgestellt, dass eine Vielzahl der Ziele, die die BG A-II für ihre Arbeit definiert hat, im ersten Jahr ihrer Arbeit erfolgreich verfolgt wurde.

Im Bereich der generischen Ziele sind insbesondere die positiven Entwicklungen hinsichtlich der Bündelung der Interessen der Region sowie der Versachlichung der Diskussion und der Schaffung von Transparenz hervorzuheben.

Entsprechend ihres Charakters erfordern die generischen Ziele für die gesamte Prozessdauer kontinuierliche Bemühungen aller Beteiligten, um den Prozess weiterhin an den Zielen auszurichten und die erreichten Entwicklungen zu erhalten und ggf. auszubauen. Dies gilt insbesondere für das Ziel der Förderung von Vertrauen und Akzeptanz.

Hinsichtlich der inhaltlichen Ziele sind Ansätze zur Umsetzung vielfach erkennbar. Eine vollständige Umsetzung der inhaltlichen Ziele konnte naturgemäß zum derzeitigen Stand des Prozesses noch nicht erreicht werden. Gleichwohl ist in einigen Punkten die Umsetzung der Ziele aus heutiger Sicht schon jetzt im Verfahren etabliert.

Ein regelmäßiger Abgleich mit den definierten Zielen kann die zielgerichtete Entwicklung des Prozesses unterstützen.

Inhaltsverzeichnis

Kurzzusammenfassung.....	I
Abkürzungsverzeichnis	5
1 Einleitung	6
2 Überblick über die Gremien.....	8
2.1 Begleitgruppe Asse II	8
2.2 Arbeitsgruppe Optionenvergleich	10
2.3 Interaktion der BG A-II und der AGO.....	11
2.4 Finanzierung.....	13
3 Aktuelle Entwicklungen im Verfahren	14
3.1 Eingelagertes Inventar	14
3.2 Kontaminierte Salzlösungen.....	16
3.3 Schließungskonzept und Standsicherheit.....	18
3.4 Betreiberwechsel und Änderung des rechtlichen Rahmens	19
3.5 Einrichtung einer Infostelle und Finanzausgleich für die Region	20
4 Arbeit der Begleitgruppe Asse II und der Arbeitsgruppe Optionenvergleich	21
4.1 Arbeitsweise	21
4.1.1 Etablierung einer „BG A-II klein“	21
4.1.2 Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II	22
4.1.3 Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO)	23
4.1.4 Bereitstellung von Unterlagen.....	23
4.1.5 Interaktion zwischen BG A-II und AGO.....	24
4.1.6 Interaktion der BG A-II und AGO mit dem Betreiber und den Ministerien.....	25
4.2 Thematische Schwerpunkte	27
4.2.1 Thematische Schwerpunkte der Sitzungen der BG A-II	27
4.2.2 Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO)	29
5 Befragung der Mitglieder der BG A-II	31
5.1 Hintergrund.....	31
5.2 Durchführung und Ergebnisse der telefonischen Befragung	31
5.3 Fazit	36
6 Evaluation des Beteiligungsprozesses zum Stichtag 31.12.2008.....	37
6.1 Einleitung.....	37
6.2 Einschätzungen und Hinweise zur bisherigen Zielerreichung	38
6.3 Fazit	42
Literaturverzeichnis	44

Anhang - Ergebnisse der Befragung der Mitglieder der BG A-II zum
Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit 49

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zusammensetzung der Begleitgruppe Asse-II seit September
20089

Abbildung 2: Interaktion der Arbeitsgruppe Optionenvergleich und der
Begleitgruppe Asse-II, in der Konstellation bis 31.12.2008.....11

Abbildung 3: Konzeption des Beteiligungsprozesses zur Schließung der
Schachanlage Asse II, in der Konstellation bis 31.12.200812

Abkürzungsverzeichnis

AGO	Arbeitsgruppe Optionenvergleich
AtG	Atomgesetz
BG A-II	Begleitgruppe Asse II
BfS	Bundesamt für Strahlenschutz
BI	Bürgerinitiative
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
ESK	Entsorgungskommission des Bundesumweltministeriums
FZK	Forschungszentrum Karlsruhe
GRS	Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH
HMGU	Helmholtz Zentrum München - Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH
LAW	schwachradioaktiver Abfall
LBEG	Niedersächsisches Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
MAW	mittelradioaktiver Abfall
NMU	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt
PTKA-WTE	Projektträger Wassertechnologie und Entsorgung
SSK	Strahlenschutz-Kommission des Bundesumweltministeriums
StrlSchV	Strahlenschutzverordnung
UFO-Plan	Umweltforschungsplan des BMU

1 Einleitung

Mit den Schreiben /BfS 2007a/ und /BfS 2008/ wurde das Öko-Institut mit dem Vorhaben SR 2603 zur Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerks Asse II beauftragt.

Der Bearbeitungszeitraum erstreckte sich vom 08.10.2007 bis zum 31.03.2008. Die Ergebnisse der Arbeiten aus diesem Zeitraum haben wir in dem Abschlussbericht /Öko-Institut 2008a/ zusammengefasst.

Da sich im Projektverlauf zeigte, dass eine Begleitung des im Rahmen der Stilllegung der Asse II initiierten Beteiligungsverfahrens über den ursprünglich festgelegten Zeitrahmen hinaus sinnvoll ist, wurde das Vorhaben mit Wirkung vom 19.05.2008 bis zum 31.12.2008 aufgestockt und verlängert.

Die Arbeitsschwerpunkte für diesen Zeitraum sind in dem Angebot /Öko-Institut 2008b/ im Einzelnen beschrieben; sie umfassen:

- die Evaluation des Beteiligungsprozesses
- Teilnahme an Fachsitzungen sowie
- Berichterstattung.

Im Laufe des Bearbeitungszeitraums wurden dem BMU verschiedene schriftliche Informationen zur Verfügung gestellt:

- Zusammenstellung von Fragen zur telefonischen Befragung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse II zum Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit /Öko-Institut 2008c/
- Zusammenfassung der Ergebnisse der telefonischen Befragung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse II zum Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit - Ergebnisse zum Fragenkomplex 3: „Zukünftige Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II“ /Öko-Institut 2008d/
- Aufzeichnungen der Sitzungen der Begleitgruppe Asse II vom 28.04.2008 /Öko-Institut 2008e/, vom 16.6.2008 /Öko-Institut 2008f/ und vom 21.08.2008 /Öko-Institut 2008g/

Der vorliegende Bericht fasst als Abschlussbericht zum 31.12.2008 den Stand des Beteiligungsprozesses für den Zeitraum von Anfang April bis 31. Dezember 2008 zusammen. Außerdem wird der bisherige Prozess an den Zielen der Begleitgruppe gespiegelt und es werden einige Hinweise für die weitere Entwicklung des Beteiligungsprozesses abgeleitet.

Als Grundlage für den vorliegenden Bericht haben die Wissenschaftlerinnen des Öko-Institutes an den Sitzungen der Begleitgruppe Asse-II teilgenommen, zahlreiche Gespräche mit den am Prozess beteiligten Institutionen und Personen geführt, eine Befragung der Mitglieder der Asse II Begleitgruppe zum Thema Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt, die Berichterstattung in der Presse verfolgt, an verschiedenen Informations- und Diskussionsveranstaltungen in der Region teilgenommen (Informationsveranstaltung des Asse II Koordinationskreis am 24.4.08, Informationsveranstaltung des Landkreises Wolfenbüttel in Schöppenstedt am 24.06.08, Aufzeichnung zur Diskussionsveranstaltung des NDR-Radio „Wie geht's weiter mit Asse II“ am 10.09.08, „ASSE II und wie weiter ???“ - Informationsveranstaltung der Heinrich Böll Stiftung in Braunschweig am 10.10.08) sowie verschiedene verfügbare Informationen und Berichte aus dem laufenden formalen Verfahren und aus den Internetauftritten der beteiligten Institutionen berücksichtigt. Diese Informationen wurden zum Einen unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung zentraler inhaltlicher Fragestellungen des Stilllegungsverfahrens, zum Anderen im Hinblick auf die Arbeit der Gremien des Beteiligungsprozesses, Begleitgruppe Asse-II (BG A-II) und Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO), ausgewertet. Die Erkenntnisse wurden zur Zwischenevaluation des Beteiligungsprozesses herangezogen.

Wir bedanken uns bei den Mitgliedern der BG A-II für ihre Zustimmung zur Durchführung der telefonischen Befragung zum Thema Öffentlichkeitsarbeit. Allen Befragten danken wir für die große Bereitschaft, sich intensiv mit den Fragen auseinanderzusetzen und sie ausführlich zu beantworten.

Nachfolgend wird in Kapitel 2 zunächst ein kurzer Überblick über die beteiligten Gremien, Begleitgruppe Asse-II (BG A-II) und Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) gegeben.

Kapitel 3 stellt dann die Entwicklungen des Verfahrens an Hand zentraler Aspekte und Erkenntnisse dar, die im Berichtszeitraum in der Fachszene oder in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

In Kapitel 4 folgen Ausführungen zur Arbeit der BG A-II und der AGO im Hinblick auf die Arbeitsweise der Gremien und die thematischen Schwerpunkte ihrer Arbeit im Berichtszeitraum.

Kapitel 5 dient der Darstellung der im September 2008 durchgeführten telefonischen Befragung der stimmberechtigten Mitglieder der BG A-II zum Thema Öffentlichkeitsarbeit der Begleitgruppe.

In Kapitel 6 erfolgt eine Evaluation des bisherigen Verlaufs des Beteiligungsprozesses anhand der Ziele, die die BG A-II bei ihrer Konstituierung für ihre Arbeit entwickelt hatte. Daraus werden einige Hinweise für die weitere Entwicklung des Beteiligungsprozesses abgeleitet.

2 Überblick über die Gremien

Die Initiierung und die Gremien des Beteiligungsprozesses zur Stilllegung der Asse II wurden detailliert im Abschlussbericht zum 31.03.2008 /Öko-Institut 2008a/ beschrieben.

Die Gremien „Begleitgruppe Asse II“ (BG A-II) und Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) haben im Berichtszeitraum des jetzigen Berichts in der Konstellation und weitgehend in der Besetzung gearbeitet, die in /Öko-Institut 2008a/ im Detail beschrieben ist und die nachfolgend noch einmal kurz zusammengefasst wird:

2.1 Begleitgruppe Asse II

In der Begleitgruppe Asse-II waren bis September 2008 folgende Institutionen vertreten:

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 2 Vertreter des Landkreises Wolfenbüttel, darunter der Landrat als Vorsitzender der Begleitgruppe
- 3 Vertreter der Samtgemeinden: SamtgemeindebürgermeisterInnen Asse, Schöppenstedt und Sickinge
- 4 Vertreter der im Kreistag vertretenen Fraktionen (CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen)
- 3 Vertreter aus den Bürgerinitiativen (Asse II Rechtshilfefond, Asse II Koordinationskreis, AufPASSEn e.V.)
- 1 Vertreter vom BUND Niedersachsen
- 1 Vertreter vom NABU Niedersachsen

Nicht stimmberechtigte Mitglieder (als Beobachter / Berater):

- Vertreter des Niedersächsischen Umweltministeriums (NMU)
- Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
- Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)
- Vertreter des Helmholtz Zentrums München (HMGU)
- Vertreter des Forschungszentrums Karlsruhe
- Vertreter des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS)
- Experten

sowie Vertreter des Organisationsbüros (beim Landratsamt des Landkreis Wolfenbüttel)

Im September wurde der *Bürgermeister der Stadt Wolfenbüttel* als weiteres stimmberechtigtes Mitglied in die Begleitgruppe aufgenommen, nachdem die Stadt Wolfenbüttel zuvor mit einer entsprechenden Anfrage an die BG A-II herangetreten war.

Damit ergibt sich folgende aktualisierte Darstellung der Besetzung der BG A-II:

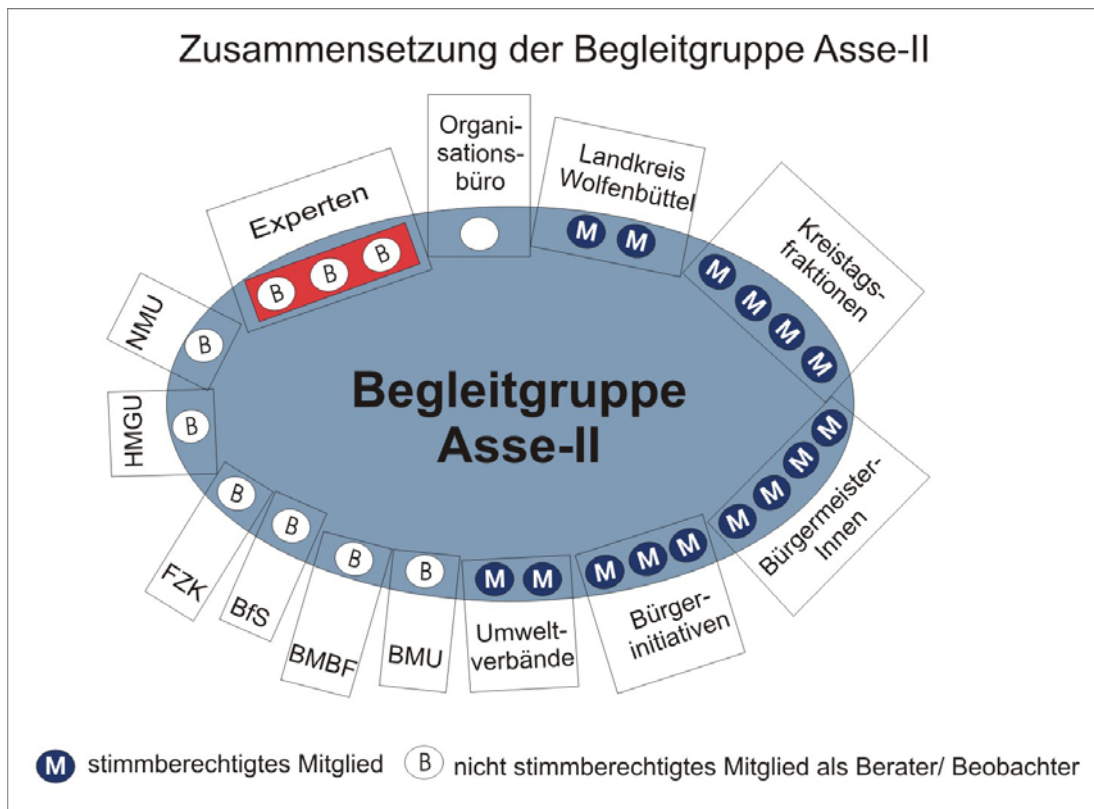


Abbildung 1: Zusammensetzung der Begleitgruppe Asse-II seit September 2008

Die Aufgaben und Ziele der BG A-II sind in der Geschäftsordnung /BG 2008/ folgendermaßen festgelegt:

„Die Asse Begleitgruppe hat die Aufgabe, eine bestmögliche Begleitung hinsichtlich der Sicherung des Forschungsbergwerkes Asse zu erreichen, Optionsvergleiche untersuchen zu lassen, eine größtmögliche Transparenz in der Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen und Empfehlungen an das Leitungsgremium auszusprechen.“

Übergeordnete Ziele:

- Bündelung der Interessen der Region
- Versachlichung der Diskussion und Vorbereitung einer sachgerechten Entscheidung
- Die Umsetzung von Entscheidungen der drei Ministerien begleiten

- Vertrauen und Akzeptanz fördern
- Transparenz schaffen durch fachlich nachvollziehbare Bewertung und
- Dokumentation
- Die Berücksichtigung der Anforderungen des Atomrechtes sicherstellen
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Inhaltliche Ziele:

- Bestmögliche Sicherung von Asse II durch ergebnisoffenen Prozess
- Erarbeitung einer Konsequenzenanalyse und Sensitivitätsanalyse für jede Option
- Erweiterung der Handlungsoptionen durch Stabilisierung des Grubengebäudes
- Erstellung eines Langzeitsicherheitsnachweises
- Erstellung einer Störfallanalyse (Schutz der Bevölkerung bei einem Wassereintrich, einer Störung des Deckgebirges)
- Ergebnisoffener Optionsvergleich.

2.2 Arbeitsgruppe Optionenvergleich

Die Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) hatte ihre konstituierende Sitzung am 5. März 2008. Die inhaltliche Verantwortung und Koordination der AGO übernahmen

- das Forschungszentrum Karlsruhe Projektträger Wassertechnologie und Entsorgung PTKA-WTE (Herr Dr. Pitterich, Herr Bühler) in Vertretung für das BMBF und
- das Bundesamt für Strahlenschutz BfS (Herr Dr. Kleemann, Herr Ranft) in Vertretung für das BMU.

Darüber hinaus sind in der AGO als Experten, die von der BG A-II benannt wurden, die Herren Prof. Bertram, Dr. Krupp und Kreuzsch vertreten. Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) nimmt beobachtend an der AGO teil.

Die Teilnehmer können sich nach vorheriger Mitteilung in den Sitzungen vertreten lassen, siehe /AGO 2008b/.

Die Aufgabe der AGO gemäß ihrer Agenda /AGO 2008a/ ist „ausgehend von den bisher geprüften Schließungsmaßnahmen unter Berücksichtigung ergänzender bzw. alternativer Maßnahmen eine abschließende Bewertung von Optionen zur Verbesserung der Sicherheitssituation“ durchzuführen. Auch die Rückholung der mittellradioaktiven Abfälle soll in die Prüfung einbezogen werden.

Die Arbeiten sollten gemäß Agenda in der ersten Phase auf der Basis der Berichte des Betreibers zur Herleitung und Begründung des Stilllegungskonzeptes und zur Störfallanalyse sowie auf den vom BfS bzw. BMBF beauftragten Gutachten zur Rückholbarkeit der MAW und zur Versatzsteigerungserhöhung erfolgen.

Das BfS wird ab 2009 in seiner Funktion als Betreiber nur noch beobachtend in der AGO vertreten sein. Dadurch fallen nennenswerte Kapazitäten aus, die das BfS aus seinem hauptamtlichen System in der AGO zur Verfügung gestellt hat. Die AGO ist sich darüber bewusst, dass dadurch organisatorische Anpassungen erforderlich sind.

2.3 Interaktion der BG A-II und der AGO

Die Interaktion der AGO mit der BG A-II ist nicht formal geregelt. Die AGO ist nicht Bestandteil der Regelungen in der Geschäftsordnung der BG A-II. Sie hat einige grundlegende Formalia in ihrer Agenda festgeschrieben /AGO 2008a/. Dies umfasst die Festlegung der Berichterstattung an die Ministerien durch PTKA-WTE und BfS sowie an die „Begleitgruppe Asse-II“ durch die drei von ihr benannten Experten. Die Interaktion der Arbeitsgruppe Optionenvergleich mit der BG A-II ist in Abbildung 2 dargestellt.

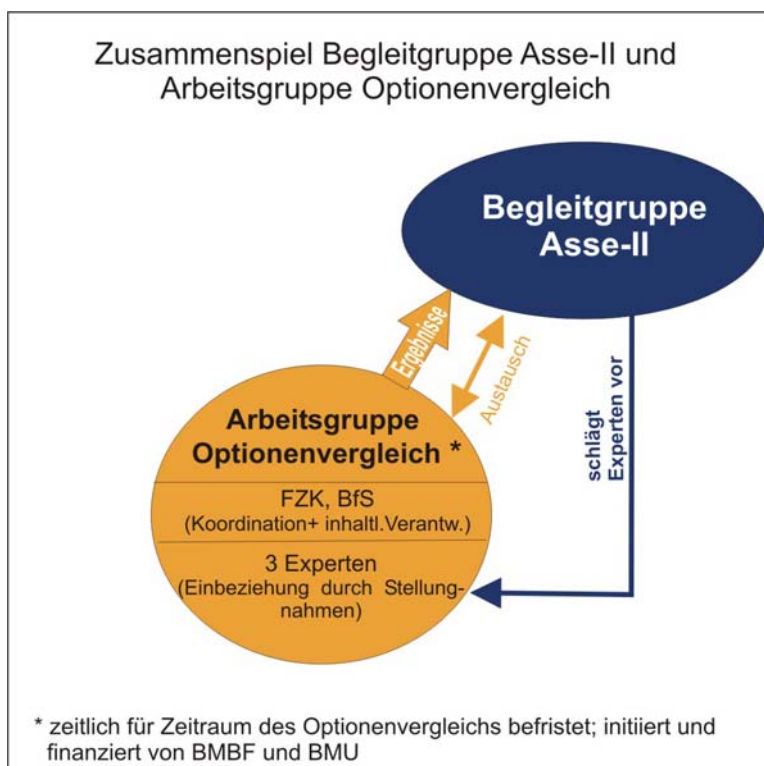


Abbildung 2: Interaktion der Arbeitsgruppe Optionenvergleich und der Begleitgruppe Asse-II, in der Konstellation bis 31.12.2008

Damit ergibt sich die in Abbildung 3 skizzierte Gesamtkonzeption des Beteiligungsprozesses.

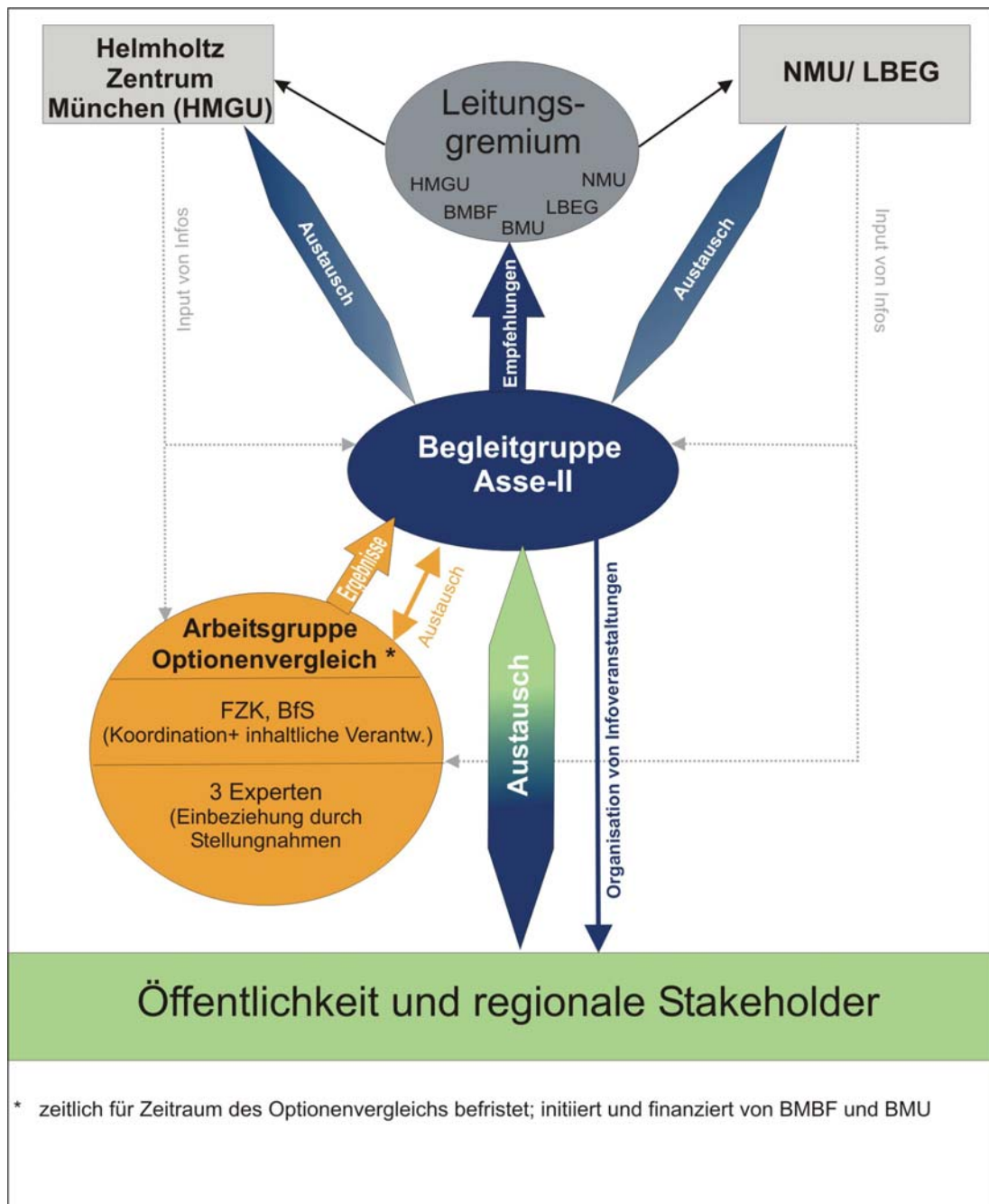


Abbildung 3: Konzeption des Beteiligungsprozesses zur Schließung der Schachanlage Asse II, in der Konstellation bis 31.12.2008

2.4 Finanzierung

Für die Mitarbeit in der BG A-II besteht keine eigenständige Finanzierung, d.h. die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, sofern sie die Arbeiten nicht als Teil ihrer beruflichen Tätigkeit oder in Funktionsträgerschaft durchführen.

Die Aufwendungen für das Organisationsbüro werden vom Landkreis Wolfenbüttel getragen.

Das BMU beteiligt sich derzeit an der Finanzierung des Beteiligungsprozesses durch die Bereitstellung von Expertise bezüglich Prüfung von Unterlagen und Beteiligung in der Arbeitsgruppe Optionenvergleich durch das BfS, durch die Vergabe einer Studie zur MAW-Rückholung sowie durch die Finanzierung des UFO-Planvorhabens zu Fragen des Beteiligungsprozesses, in dessen Rahmen dieser Bericht erstellt wurde.

Das BMBF stellt Mittel für die Finanzierung der drei von der BG A-II für die Arbeitsgruppe Optionenvergleich benannten Experten sowie für eine Studie zur Versatzsteifigkeit zur Verfügung.

Hinsichtlich der Finanzierung sind für die Zeit ab 2009 mit Übernahme der Betreiberaufgabe durch das BfS verschiedene Veränderungen in die Wege geleitet, z. B. in Form eines eigenen Finanzbudgets für die BG A-II und der Finanzierung der AGO durch das BMU.

3 Aktuelle Entwicklungen im Verfahren

Nachfolgend wird ein Überblick über die folgenden Themen und Diskussionspunkte gegeben, die im Berichtszeitraum im Stilllegungsverfahren zur Asse II im Vordergrund standen:

- Eingelagertes Inventar
- Kontaminierte Salzlösungen
- Schließungskonzept
- Betreiberwechsel und Änderung des rechtlichen Rahmens
- Einrichtung einer Infostelle und Finanzausgleich für die Region

Dazu wurden verschiedene Berichte und Gutachten, Medienberichte, Pressemitteilungen, Informationen aus öffentlichen Veranstaltungen und aus den Sitzungen der BG A-II ausgewertet. Wichtige Quellen sind in den nachfolgenden Abschnitten im Einzelnen benannt und im Literaturverzeichnis aufgeführt.

3.1 Eingelagertes Inventar

Zwischen 1967 und 1978 wurden in der Asse 1.293 Gebinden mit mittelradioaktivem Abfall (MAW-Gebinde) in der Lagerkammer 8a auf der 511 m-Sohle und 124.494 Gebinden mit schwachradioaktivem Abfall (LAW-Gebinde) in den Lagerkammern auf der 750 m-Sohle eingelagert.

Im Rahmen der Diskussionen über den Ursprung kontaminierter Salzlösungen im Bergwerk wurden ab Juni 2008 in der Fachöffentlichkeit und der breiten Öffentlichkeit verstärkt Fragen nach dem eingelagerten radioaktiven Inventar gestellt (z. B. /dw 080620/). Bundesumweltministers Gabriel forderte schließlich das NMU auf, eine Klarstellung über das Inventar herbeizuführen (siehe u. a. /n-tv 080623/, /waz 080623/). Außerdem war das Inventar der Asse im August 2008 Gegenstand eines bundesaufsichtlichen Gesprächs mit dem NMU, da aufgrund von Angaben auf Begleitscheinen zur Anlieferung von Abfällen in der Asse die Vermutung bestand, dass Kernbrennstoffe eingelagert worden waren. Das NMU wurde aufgefordert, in dem bereits Ende Juni 2008 von Bundesumweltminister Gabriel geforderten Statusbericht Informationen über die Anzahl von Behältern mit Kernbrennstoffen und anderen Inhalten sowie zur rechtlichen Genehmigungsgrundlage und deren Einhaltung bereitzustellen.

Der Statusbericht des NMU vom 1. September 2008 /NMU 2008/ stellt auf der Basis von Untersuchungen des TÜV Nord EnSys /TÜV 2008/ folgende Ergebnisse dar: Quellen des eingelagerten radioaktiven Abfalls sind Forschungseinrichtungen (mit dem höchsten Anteil von 60 % der Abfallgebände), die Kernkraftwerke, die kerntechnische Industrie und die Bundeswehr. Es wurden keine hochradioaktiven Abfälle

eingelagert. Bei den als Kernbrennstoffe deklarierten Abfällen handelt es sich um spaltbare Uran- und Plutonium-Isotope, die erst ab einer bestimmten Konzentration unter die heute gültige Definition für Kernbrennstoffe fallen würden /NMU 2008/.

Kurz vor der Veröffentlichung des Statusberichts wurden die Ergebnisse auch im Umweltausschuss des niedersächsischen Landtages vorgestellt, worüber insbesondere in der regionalen Presse, z. B. /waz 080826/, /goet 080826/, ausführlich berichtet wurde.

Die Beratungskommissionen des BMU, Entsorgungskommission (ESK) und Strahlenschutzkommission (SSK), befassten sich in einer gemeinsamen Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Asse“ mit der Plausibilität der Angaben u. a. zum radioaktiven Inventar. Die dazu Ende September 2008 veröffentlichte Stellungnahme /ESK 2008a/ kommt zu der Schlussfolgerung, dass es in einigen Punkten Zweifel an den derzeit vorliegenden Informationen zum Inventar gibt. Die Kommissionen haben empfohlen, Korrekturen am Inventar vorzunehmen und bei der Verwendung des modifizierten Inventars für Fragen des Langzeitsicherheitsnachweises abzusichern, dass mögliche Unschärfen sich nicht in erheblicher Weise entscheidungsrelevant auswirken. Außerdem sollen die möglichen Bandbreiten des Inventars bei der Planung von Maßnahmen, die von den örtlichen Verteilungen des Inventars abhängen, sehr sorgfältig abgewogen werden.

Sowohl in der Presse als auch im politischen Raum wurden die Unsicherheiten bezüglich des Inventars über mehrere Wochen diskutiert. Dabei spitzte sich Ende Juli 2008 die Diskussion über die Einlagerung von Kernbrennstoffen zu, die vor allem durch BÜNDNIS 90/Grüne im niedersächsischen Landtag sowohl auf der landespolitischen Ebene als auch in den Medien vorangetrieben wurde (z. B. /NDR 080729/, /sued 080729/, /osna 080728/). Das niedersächsische Umweltministerium nahm zunächst über eine Presseerklärung des Staatssekretärs zu den Fragen Stellung /nmup 080730/ und hob hervor, dass es sich um schwach- und mittelradioaktive Abfälle, unter anderem mit Kernbrennstoffen aus Forschungseinrichtungen des Bundes, handele, deren Einlagerung von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt genehmigt sei. Am 31.7.2008 nahm auch das HMGU auf seiner Homepage zu den Fragen Stellung /HMGU 080731/.

Die auch nach Vorlage des Statusberichts und der ESK/SSK-Stellungnahme verbliebenen Unsicherheiten führten dazu, dass auch in den nachfolgenden Monaten bis heute (Anfang 2009) das Thema nicht gänzlich aus der öffentlichen Diskussion verschwunden ist (z. B. /news 081007/, /fra 090223/).

3.2 Kontaminierte Salzlösungen

Angestoßen durch eine Diskussion in der Begleitgruppe Asse-II (BG A-II) Ende April 2008 entwickelte sich ein mehrere Monate dauernder Klärungsprozess über Höhe und Herkunft von Kontaminationen der Salzlösungen im Bergwerk sowie über den Umgang mit diesen Lösungen.

Eine Kontamination der stehenden Salzlösung auf der 750 m-Sohle der Schachanlage Asse mit den Radionukliden Cäsium-137 (Cs-137) und Tritium (H-3) wurde bereits 1988 in einem Routinemessprogramm vom HMGU festgestellt. 2005 wurde mit dem Abpumpen der Salzlösung in den Tiefenaufschluss (975 m-Sohle) begonnen. Nachdem im Zuge der aktuellen Recherchen festgestellt worden war, dass die dafür erforderliche Umgangsgenehmigung nach § 7 Abs. 1 StrlSchV nicht vorlag, wurde die Verbringung in den Tiefenaufschluss Mitte Juni 2008 eingestellt /nmup 080620/.

Hinsichtlich der Herkunft der Kontaminationen waren vom HMGU zunächst Handhabungsfehler mit Absturz von Fässern auf den Strecken vor der Einlagerungskammer 12 angeführt worden. Verschiedene Plausibilitätsprüfungen durch die ESK/SSK-Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Asse“ /ESK 2008b/ sowie in einem vom BMBF beauftragten Gutachten des Forschungszentrums Jülich und der TU Clausthal zur Herkunft der Salzlösungskontaminationen zeigten jedoch, dass dieses Szenario die Höhe der im Laugensumpf vor der Kammer 12 vorhandenen Kontaminationen nicht plausibel erklären kann. Mittlerweile wird von einer Verbindung des Laugensumpfs mit den eingelagerten Abfällen in der Kammer 12 ausgegangen.

Im Gegensatz zu den stehenden Salzlösungen wurden die Zutrittslösungen aus dem Südflankenzufluss, die in der Anlage in Sammelbecken auf der 658 m-Sohle gefasst werden, und die untertage Tritium aus der Grubenluft aufnehmen, ab 2005 bis Juni 2008 zur externen „Wiederverwertung“ in die Salzbergwerke Mariagluck, Hope und Salzdetfurth abgegeben. Im Zuge der Diskussion um die Kontamination der stehenden Salzlösungen wurden bei den Zutrittslösungen Fehler im Freigaberegime festgestellt, so dass der Abtransport im August 2008 eingestellt wurde. Es stellte sich heraus, dass der zuvor für die Freigabe der Zutrittslösungen an die externe Stellen gewählte Bezug (uneingeschränkte Freigabe, Anlage III Tabelle 1 Spalte 5 StrlSchV) nicht angemessen war, da diese Freigabewerte für Flüssigkeiten abgeleitet wurden, die der Verbrennung zugeführt werden (z. B. Harze und Öle). Es wurden daher Freigabewerte für die Abgabe in andere Salzbergwerke auf der Basis eines spezifischen radioökologischen Modells abgeleitet. Die Zutrittslösungen haben diese Freigabewerte nicht überschritten. Dennoch wurde vom BfS ein neues Managementkonzept zur Minimierung der Tritiumaufnahme aus der Grubenluft entwickelt. Nachdem dieses umgesetzt und die Funktion nachgewiesen wurde, konnten die Transporte in die Grube Mariagluck Anfang Februar wieder aufgenommen werden.

Neben den in der (Fach-)Diskussion behandelten Fragen nach der Herkunft der Kontamination der stehenden Salzlösungen, der Genehmigungssituation beim Umgang mit diesen Lösungen innerhalb der Anlage sowie der Vorgehensweise und der Genehmigungslage bei der Abgabe von zutretenden Salzlösungen an andere Bergwerke befasst sich der Statusbericht des NMU /NMU 2008/ außerdem mit den Fragen, ob und wie Informationen im Rahmen der Aufsicht verfügbar gemacht und berücksichtigt wurden.

Die öffentliche Diskussion war insbesondere in den ersten Wochen (Mai / Juni 2008) durch eine schleppende Offenlegung der Fakten über die tatsächlich vorhandene Kontamination und deren Herkunft gekennzeichnet, die zu erheblichen Unsicherheiten hinsichtlich der tatsächlichen Gefährdungssituation führte.

Sitzungen des Umweltausschusses des Landkreises Wolfenbüttel und des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz des niedersächsischen Landtags Anfang Juni waren mit umfangreichen Medienreaktionen verbunden (z. B. /news 080611/), konnten aber keine vollständige Klärung herbeiführen. Bundesumweltminister Gabriel sprach im Fernsehen /NDR 080616/ über eine nicht nachvollziehbare Informationspolitik der Betreibergesellschaft.

Auch in den folgenden Tagen wurden durch die BG A-II einerseits und durch die Presse andererseits der Betreiber und die Behörden kritisiert. Die Presse forderte eine Klärung der Sachverhalte vom niedersächsischen Umweltminister Sander (z. B. /news 080619/, /dw 080620/). In dieser Zeit rückte auch die Endlagerung radioaktiver Abfälle insgesamt wieder verstärkt in den Blickpunkt des medialen Interesses (z. B. /dw 080620/, /ntv 080623/).

Die Tritiumbelastung von Zutrittslösungen, die an das Bergwerk Mariagluck abgegeben worden waren, war Anfang August 2008 öffentlich bekannt geworden (BMU 080805, /yahoo 080813/). Im Kreis Celle, dem Standort der Grube Mariagluck, die in den Monaten zuvor mit Salzlösungen aus der Asse beliefert worden war, vermutete man nach entsprechenden Äußerungen politischer Vertreter, dass Lösungen mit unzulässigen Kontaminationen in die Grube verbracht worden waren. Dies schürte Verunsicherung und Ängste in der regionalen Bevölkerung bezüglich möglicher Auswirkungen der radioaktiven Kontaminationen. Das NMU reagierte mit dem Stopp der externen Verbringung (z. B. /yahoo 080813/). Im Oktober 2008 informierte dann die Presse über die durch das BMU bekanntgegebenen Ergebnisse der Ermittlungen, dass „weder eine unzulässige Freigabe der Laugen noch eine unzulässige Strahlenexposition von Personen“ erfolgte (/news 081010/). Nach der Betriebsübernahme hat das BfS durch Beprobungen nachgewiesen, dass die radioaktive Kontamination der Zutrittslösungen weit unterhalb der Freigabewerte liegt. Am 6. Februar 2009 wurde dann der Transport nach Mariagluck nach einer umfangreichen Prüfung und Einführung einer anforderungsgerechten Freigabeprozedur

wieder aufgenommen. Darüber hinaus können die Bürgerinitiativen in der Zukunft selber Beprobungen und Analysen auf Kosten des BfS durchführen lassen.

Sowohl die Freigabe der Zutrittslösungen als auch der Umgang mit den kontaminierten Salzlösungen sollen, nachdem das Stilllegungsverfahren ins Atomrecht überführt wurde, entsprechend dem in der Kerntechnik üblichen Strahlenschutzregime erfolgen.

3.3 Schließungskonzept und Standsicherheit

Hinsichtlich des Schließungskonzepts und der Standsicherheit standen im Betrachtungszeitraum dieses Berichts die Untersuchung alternativer Stilllegungsoptionen sowie die Prüfung von Möglichkeiten zur Erhöhung der Versatzsteifigkeit im Vordergrund.

Auf der Basis und unter Berücksichtigung von Berichten des HMGU zur Herleitung des Stilllegungskonzepts durch Flutung und zur Störfallanalyse sowie eines Gutachtens zur Rückholung der mittelradioaktiven Abfälle /EWN 2008/ erarbeitete die Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) Empfehlungen zur Prüfung von alternativen Stilllegungsoptionen. Diese sind im „Abschlussbericht der AGO zur Phase I“ vom Februar 2009 /AGO 2009/ dargelegt.

Außerdem wurden in einem Gutachten der Firma CDM /CDM 2008/ Möglichkeiten zur Erhöhung der Versatzsteifigkeit aufgezeigt. Diese wurden vom BfS, nach der Vereinbarung zur Übernahme der Betreiberzuständigkeit durch das BfS, aufgegriffen. Maßnahmen zur Verfüllung der sogenannten Firstspalte in den Kammern des Bergwerks befinden sich derzeit in der Erprobung und wurden vom BfS bei den zuständigen Behörden zur Genehmigung beantragt.

Die Prüfung alternativer Stilllegungsoptionen wurde bereits vor der Gründung der Begleitgruppe BG A-II von Vertretern der Region gefordert. Entsprechend wurden die aktuellen Entwicklungen von der regionalen Öffentlichkeit und in der Presse intensiv verfolgt. Im Mai 2008 waren Ausführungen des BfS, dass eine Freisetzung radioaktiver Stoffe bei Realisierung des Flutungskonzepts deutlich früher zu befürchten sei, als von HMGU angegeben, öffentlich bekannt geworden (z. B. /akp 080526/). In der Folge wurden die Forderungen nach alternativen Schließungskonzepten und dem sofortigen Stopp aller Baumaßnahmen in der Anlage, die mit dem Flutungskonzept in Verbindung stehen, nochmals mit besonderem Nachdruck formuliert (siehe insbesondere Pressemitteilung des Asse II Koordinationskreises /akp 080526/ und Presseberichterstattung /haz 080526/, /news 080527/).

Die Bürgerinitiativen brachten ihre Forderungen auch in einem Brief an den Bundesumweltminister im Mai 2008 sowie mit einer Demonstration im Juli 2008 an der Asse zum Ausdruck, die in der regionalen Presse große Beachtung fand (z. B. /news 080707/).

Bei der Information der Öffentlichkeit über Fragen von Schließung und Standsicherheit spielten auch Informationsveranstaltungen (z. B. Asse II Koordinationskreis im April 2008, Landkreis Wolfenbüttel im Juni 2008 und von der Heinrich-Böll-Stiftung in Braunschweig im Oktober 2008 /news 081011/) eine Rolle.

Um auch zukünftig eine transparente Fortentwicklung des Optionenvergleichs unter Einbeziehung der Region zu gewährleisten, haben das BMU und BMBF im Rahmen der Entscheidung über den Betreiberwechsel /BMU 081105/ am 05.11.2008 auch die Sicherstellung der weiteren Arbeit der Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) zum Vergleich der Schließungsoptionen und die Umsetzung der Ergebnisse verantwortet.

3.4 Betreiberwechsel und Änderung des rechtlichen Rahmens

Aufgrund der Diskussion über das Stilllegungskonzept, Unsicherheiten des Inventars, Defizite im Informationsfluss etc. im Verlauf des Jahres 2008 wurde die Frage aufgeworfen, ob die Betriebsführung der Asse durch einen anderen Betreiber übernommen werden sollte (siehe z. B. /news 080619/). Defizite in der bisherigen Betriebsführung durch das HMGU wurden auch durch verschiedene Gutachten deutlich (/NMU 2008/, /TÜV 2008/, /SSK 2008/), woraufhin auch der Umweltausschuss des Landtags einen Betreiberwechsel diskutierte /news 080903/.

In Folge dieser Entwicklung kündigte Bundesforschungsministerin Schavan am 04.09.2008 in Abstimmung mit dem BMU an, die Betriebsführung der Asse auf das BfS zu übertragen /stern 080904/. Am 5.11.2008 beschlossen Bundesforschungsministerin Schavan, Bundesumweltminister Gabriel und der niedersächsische Umweltminister Sander, die Asse durch Überführung des Verfahrens vom Bergrecht in das Atomrecht verfahrensrechtlich wie ein Endlager zu behandeln und die Betreiberrechte ab dem 1.1.2009 auf das BfS zu übertragen /BMU 081105/. Dies sei ein wichtiger Schritt zu einer fachlich fundierten Erarbeitung der Schließungsoptionen. Die finanzielle Verantwortung wurde in diesem Zusammenhang vom BMBF auf das BMU übertragen /BMU 081230/.

Am 6.11.2008 teilte Bundesumweltminister Gabriel außerdem der Presse mit, dass die Bundesregierung den Übergang der Asse vom Forschungsbergwerk zum Endlager durch eine Novelle des Atomgesetzes „rechtlich absichern“ wolle /news 081106/.

Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Novellierung des Atomgesetzes, der u. a. ein Planfeststellungsverfahren nach § 9b AtG für die Stilllegung der Asse fordert, wurde am 19.11.2008 vom Bundeskabinett auf Vorschlag von Bundesumweltminister Gabriel beschlossen. Am 19.12.2008 stimmte der Bundesrat dem Gesetzentwurf zu.

Mit der Überführung des Verfahrens vom Bergrecht in das Atomrecht wurde eine weitere Forderung der regionalen Bevölkerung umgesetzt, der auch in der Zielsetzung der Begleitgruppe Asse-II verankert ist (siehe oben Kapitel 2.1).

3.5 Einrichtung einer Infostelle und Finanzausgleich für die Region

Um mit der Übertragung der Zuständigkeit an das BfS auch eine Verbesserung der Transparenz zu erreichen, hat das BMU am 16.11.2008 entschieden, eine Asse-Infostelle in Remlingen einzurichten /BMU 081116/. Die Anfang Januar 2009 eröffnete Infostelle wird vom BfS betrieben. Hier wurde für die Öffentlichkeit die Möglichkeit geschaffen, sich über die Fortschritte bei der Stilllegung des Endlagers Asse zu informieren und direkten Kontakt mit dem Betreiber aufzunehmen.

In Zuge der öffentlich diskutierten Probleme in der Asse wurde auch auf ökonomische Einbußen hingewiesen, z. B. aufgrund von Absagen in Beherbergungsbetrieben, wie dem Freizeit- und Bildungszentrum Asse. Um Folgen der Imageschäden auszugleichen, hat Bundesumweltminister Gabriel die Gründung eines Härtefallfonds angestoßen /news 081106/. Dieser wird für das Jahr 2009 mit 500.000 Euro ausgestattet sein /news 081122/.

4 Arbeit der Begleitgruppe Asse II und der Arbeitsgruppe Optionenvergleich

4.1 Arbeitsweise

Nachfolgend werden einige Punkte näher beleuchtet, die die Arbeitsweise der Gremien BG A-II und AGO, ihre Interaktion untereinander sowie ihre Interaktion mit dem Betreiber betreffen. Einige der hier angesprochenen Punkte wurden bereits im Bericht zum 31.03.2008 /Öko-Institut 2008a/ thematisiert. Zu diesen Punkten werden hier aktuelle Entwicklungen aufgezeigt, die sich in den Monaten des Berichtszeitraums April bis Dezember 2008 ergeben haben.

4.1.1 Etablierung einer „BG A-II klein“

Bereits im letzten Bericht /Öko-Institut 2008a/ hatten wir darauf hingewiesen, dass sich neben der gesamten Begleitgruppe, die satzungsgemäß aus stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Mitgliedern besteht, durch regelmäßige separate Sitzungen der stimmberechtigten Mitglieder eine „BG A-II klein“ etabliert hat, deren Status formal nicht definiert ist.

Die „BG A-II klein“ tagte in der Regel vor den Sitzungen der gesamten Begleitgruppe (fünf Sitzungen im Berichtszeitraum) sowie – nach den vorliegenden Informationen – an vier weiteren Terminen innerhalb des Berichtszeitraums.

In der Sitzung der BG A-II vom 28.04.08 /BG 080428/ wurde vom BMU die Frage nach dem Status der BG A-II „klein“ und „groß“ thematisiert und darauf hingewiesen, dass dadurch, dass den nicht stimmberechtigten Mitgliedern die Protokolle der Sitzungen der „BG A-II klein“ nicht vorlägen, die Möglichkeit, Entscheidungsfindungen und Diskussionsverläufe nachzuvollziehen eingeschränkt sei.

Der Vorsitzende bestätigte, dass die BG A-II sowohl aus den stimmberechtigten als auch aus den nicht stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Die Sitzungen der „BG A-II klein“ dienen der vorbereitenden Diskussion für die Sitzungen der BG A-II. Entscheidungen würden dort nicht gefällt. Außerdem bestätigte er nochmals den Beschluss der „BG A-II klein“, die Protokolle der Sitzungen der „BG A-II klein“ den nicht stimmberechtigten Mitgliedern nicht zur Verfügung zu stellen. Pressemitteilungen sollten jedoch vor Veröffentlichung direkt an alle Mitglieder der BG A-II versandt werden.

Die Entwicklung zeigt mittlerweile, dass, neben der Interaktion der stimmberechtigten Mitglieder der BG A-II mit den zentralen Beteiligten des Verfahrens, dem Austausch der regionalen Vertreter untereinander eine hohe Bedeutung zukommt. Dies schließt auch die Möglichkeit ein, Diskussionen und Entscheidungsvorbereitungen in einem informellen Rahmen zu führen.

Hinsichtlich der Erstellung von Meinungsbildern wurde in der Sitzung vom 28.04.08 vereinbart, dass künftig neben Abstimmungen der stimmberechtigten Mitglieder auch die Möglichkeit besteht, dass auf Antrag jedes Mitglieds / jeder Institution ein Meinungsbild der ganzen Gruppe eingeholt werden kann. Das Meinungsbild wird dann zur Kenntnis genommen und protokolliert.

4.1.2 Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II

Die BG A-II informiert über ihre Arbeit und über aktuelle Entwicklungen in der Regel durch eine Pressemitteilung. Die Pressemitteilungen sind über das Internetportal des Landkreises Wolfenbüttel unter der Kategorie „Aktuelles – Presseinformationen“ abrufbar.

Auf der Sitzung der „BG A-II klein“ am 28.04.08 hatten die Mitglieder beschlossen, während der Sitzungen zum Abschluss jedes Tagesordnungspunktes festzulegen, ob und wenn ja, wie die jeweiligen Inhalte in der Pressemitteilung zu berücksichtigen seien.

Aus dem Erscheinungsbild der Pressemitteilungen ergibt sich kein Hinweis auf die BG A-II, da das Design der Mitteilungen demjenigen des Landratsamtes entspricht. Auch sind keine Hinweise auf Ansprechpersonen vorhanden, die eine direkte Kontaktaufnahme mit Vertretern der BG A-II ermöglichen würden.

Auf der ebenfalls unter „Aktuelles“ eingerichteten Internetseite „Informationen zur Schließung Asse II“ /LkWb 090301/ stehen Links zu Ministerien und Bürgerinitiativen, sowie Downloads des Statusberichts des NMU und der Vortragsfolien aus den Informationsveranstaltungen im November 2007 und Juni 2008 zur Verfügung. Des Weiteren sind Antworten auf Fragen aus der Vorbereitung der Informationsveranstaltung im November 2007, die dort nicht behandelt werden konnten, abrufbar. Weitere Informationen, z. B. über die Begleitgruppe selber, finden sich dort nicht. Auch sind die Pressemitteilungen über die Sitzungen der BG A-II auf dieser Seite nicht verlinkt.

Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit erfolgte im Wesentlichen durch den direkten Austausch der Mitglieder in den jeweils von ihnen vertretenen Institutionen.

Die telefonische Befragung der Mitglieder der „BG A-II klein“ (s. Kapitel 5) hat gezeigt, dass für die Zukunft von vielen eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II gewünscht wird. Diese soll ab 2009 realisiert werden.

4.1.3 Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO)

Die AGO tagte nach ihrer Konstituierung am 5. März 2008 bis Ende 2008 in 13 weiteren Sitzungen. Nachdem in der zweiten Sitzung am 18.3.08 bereits die Agenda sowie die Kriterien für die Beurteilung von Handlungsoptionen verabschiedet worden waren, wurde am 14.04.08 die inhaltliche Arbeit aufgenommen.

Nach der Sitzung vom 14.04.08 wies der Landkreis Wolfenbüttel in einer am 19.04.08 veröffentlichten Pressemitteilung /LkWb 080419/ darauf hin, dass sich mittlerweile eine vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der AGO entwickelt habe. Dies wird auch von den Mitgliedern der AGO nach mehrmonatiger Tätigkeit in der Arbeitsgruppe bestätigt.

Entsprechend ihrer Agenda erarbeitete die AGO bis Ende des Jahres zwei Stellungnahmen:

1. zum sogenannten Herleitungsbericht des HMGU /AGO 2008f/ und
2. zur MAW Rückholung /AGO 2008g/ auf Basis der Studie der EWN und der TÜV Sys Tec /EWN 2008/.

Das abschließende Gutachten zur Bewertung von Optionen wurde im Februar 2009 (nach dem Stichtag dieses Berichts) vorgelegt /AGO 2009/.

Außerdem wurden von den durch die BG A-II benannten Experten Diskussionspapiere zur Bergung und trockenen Verwahrung der Abfälle sowie zu Farbmarkierungen der zutretenden Salzlösungen vorgelegt.

Über den Fortschritt der Arbeiten wurde von den Mitgliedern der AGO regelmäßig in der BG A-II berichtet.

Neben den Sitzungen der Arbeitsgruppe führten die Mitglieder der AGO auch Fachgespräche zu verschiedenen Themen durch, z. B. mit Vertretern der GRS zum selbstheilenden Versatz oder mit dem HMGU zur Hydrogeologie.

4.1.4 Bereitstellung von Unterlagen

Die Frage der Bereitstellung von Unterlagen für die AGO war ein zentraler Diskussionspunkt in der AGO und der BG A-II in den ersten Arbeitswochen, insbesondere im März und April 2008.

Bei der konstituierenden Sitzung der AGO war vereinbart worden, dass sich die AGO neben den vier zu bewertenden Fachberichten auch mit weiteren fachlichen Unterlagen befasst, die sie für die Prüfung der Fachberichte für erforderlich hält /AGO 2008b/, nachdem zuvor bereits in der BG A-II (Sitzung von 25.02.08) von al-

len Beteiligten bestätigt worden war, dass die für die Arbeit der AGO erforderlichen Unterlagen bereit zu stellen seien.

Des Weiteren wurde der vertrauliche Umgang mit den Unterlagen vereinbart. Ergänzend wurde beschlossen, dass Erkenntnisse, die aufgrund eigener wissenschaftlicher Arbeit aus vertraulichen Unterlagen gewonnen werden, auch außerhalb der AGO kommuniziert werden können /AGO 2008c/.

Eine - von den durch die BG A-II berufenen Experten zusammengestellte - Liste erwünschter Unterlagen wurde mit Schreiben des BMBF /BMBF 2008a/ mit Hinweis auf den Umfang dieser Unterlagen abgelehnt.

Es wurde vereinbart, dass die Anforderung von Unterlagen durch PTKA-WTE erfolgen solle. Nach verschiedenen Briefwechseln und Anfragen stand ein Teil der Unterlagen letztendlich Ende Mai 2008 zur Verfügung.

In der Berichterstattung der Presse wurde dieses Thema auf der Basis von Informationen aus der AGO mit dem Tenor aufgegriffen, dass den kritischen Gutachtern die Einsichtnahme in die Unterlagen verweigert würde /taz 080319/, /ND 080325/ bzw. diese erst nach erheblichen Anstrengungen zur Verfügung gestellt würden, wie die gemeinsame online Ausgabe „newslick“ der regionalen Tageszeitungen, (Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) berichtete /news 080402/.

Zur Behandlung und Vertraulichkeit von Unterlagen wurde in der Sitzung der BG A-II vom 28.04.08 folgende Vorgehensweise festgehalten /BG 080428/:

„Grundsätzlich sind alle Unterlagen vertraulich zu behandeln. Im Einzelfall kann direkt beim Urheber z.B. während der Sitzung der Antrag gestellt werden, diese Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich machen zu dürfen. Sollte dies verneint werden, so bliebe dem Antragsteller noch die Möglichkeit, nach dem Umweltinformationsgesetz einen schriftlichen Antrag zu stellen, über den dann die entsprechende Behörde / Urheber entscheidet.“

Die Frage der Unterlagenbereitstellung kann als Indikator für das gegenseitige Vertrauen der beteiligten Institutionen angesehen werden. Die relativ hohen Kapazitäten, die diese Diskussion gebunden hat, sind sicherlich auch damit zu erklären, dass sie direkt in der Konstituierungsphase der AGO stattfand, in der sich die Gepflogenheiten der Interaktion in der Regel noch nicht etabliert haben.

4.1.5 Interaktion zwischen BG A-II und AGO

Zu Beginn der Gremienarbeit war es vereinzelt zu Irritationen hinsichtlich des Zusammenwirkens von BG A-II und AGO gekommen. Diese betrafen zum einen die Wirksamkeit von Beschlüssen der BG A-II für die AGO und zum anderen den Status

bzw. die Unabhängigkeit der von der BG A-II entsandten Experten, sich z. B. in der Öffentlichkeit unabhängig von der BG A-II über verfahrensrelevante Sachverhalte zu äußern.

Wir hatten diese Zusammenhänge in unserem Bericht zum 31.03.08 /Öko-Institut 2008a/ detaillierter ausgeführt und empfohlen, entsprechende Vereinbarungen über die Interaktion der beiden Gruppen zu treffen.

Derartige Vereinbarungen sind nach uns vorliegenden Informationen zumindest formal nicht erfolgt. Allerdings ist festzuhalten, dass aus dem hier betrachteten Berichtszeitraum keine weiteren Fälle bekannt sind, die zu Irritationen hinsichtlich des Zusammenwirkens der beiden Gruppen geführt haben.

In einer Sitzung der „BG A-II klein“ im September stellte der Vorsitzende fest, dass sich die AGO zu einer sehr unabhängigen Gruppe entwickelt habe, was aus seiner Sicht in Ordnung sei, solange die BG A-II über alle Entwicklungen informiert würde.

4.1.6 Interaktion der BG A-II und AGO mit dem Betreiber und den Ministerien

Mehrfacher Anlass intensiver Diskussionen war erwartungsgemäß die Zusammenarbeit der BG A-II und AGO mit dem Betreiber, teilweise auch mit den beteiligten Ministerien.

Dies wurde besonders in der Frage der Unterlagenbereitstellung deutlich, die bereits in Kapitel 4.1.4 angesprochen wurde, und zeigte sich des Weiteren im Diskussionsprozess über den sogenannten Herleitungsbericht des HMGU.

In ihrer Sitzung vom 14.04.08 hatte die AGO vereinbart, ihre Fragen zum Herleitungsbericht in Form einer Fragenliste an das HMGU zu übermitteln /AGO 2008e/. Die Übermittlung dieser Liste erfolgte am 25.04.08 mit der Bitte um Beantwortung bis 09.05.08. Nachdem bis Anfang Juni 08 jedoch noch keine Antworten auf die Fragen vorlagen, wandte sich die BG A-II mit einem Schreiben an das BMBF. Das Ministerium zeigte in seinem Antwortschreiben zwar Verständnis für den Unmut der BG A-II und der AGO, wies aber auch auf die extreme Belastung des HMGU mit den verschiedensten Anforderungen hin und versicherte, dass das HMGU „*grundsätzlich sehr wohl zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit ist*“ /BMBF 2008b/. Der Sach- und Zeitaufwand für Zuarbeiten im Beteiligungsprozess sei allerdings beim Betreiber auch unterschätzt worden.

Im gleichen Schreiben wies das BMBF auch darauf hin, dass im Fall einer Anfrage der BG A-II an das HMGU nicht der vereinbarte Weg über BMU/BfS oder BMBF/PTKA-WTE eingehalten worden sei, sondern die Anfrage direkt an den Betreiber und außerdem mit einer unverhältnismäßig kurzen Rückmeldefrist von 1,5 Tagen gerichtet worden sei.

In der Sitzung der BG A-II vom 16.06.08 wurde die Problematik aus Sicht der Begleitgruppe noch mal vom Vorsitzenden der BG A-II thematisiert, wobei das BfS von der Kritik an der Zusammenarbeit mit den Ministerien explizit ausgenommen wurde.

Der Vorsitzende kritisierte u. a. den allgemeinen Umgang und die Weitergabe von Informationen vom Betreiber und den Ministerien an die BG A-II. Es sei mitunter der Eindruck eines Vertrauensbruchs entstanden, da der BG A-II wesentlich Informationen vorenthalten würden. Als Beispiel verwies er auf ein Gutachten des BfS vom September 2007 /BfS 2007b/, in dem das BfS zu den Antworten des BMBF auf Fragen des BMU zur Asse Stellung nimmt. Dieses sei der BG A-II erst auf Nachfrage im April 2008 übermittelt worden, obwohl es zum Zeitpunkt einer Informations-Veranstaltung des Landkreises im November 2007 in Schöppenstedt bereits bei den zuständigen Stellen vorgelegen hätte. Hier sei das Verhalten der Ministerien zu passiv gewesen. Als weiteres Beispiel wurde die schleppende Information des HMGU über die Cs-137-Funde genannt. Die BG A-II dürfe nicht als Alibikreis missbraucht werden und die gemeinsam vereinbarten Ziele des Vertrauens Schaffens und der Transparenz hätten oberste Priorität /BG 080616/.

Seitens der Ministerien wurde darauf verwiesen, dass in dem zuerst genannten Fall auf der Grundlage des BfS-Berichtes umgehend Konsequenzen gezogen worden waren, was u. a. zu den in der mit Presseerklärung vom 21. November 2007 veröffentlichten Maßnahmen geführt hätte.

Vom Betreiber wurde in diesem Zusammenhang vor allem auf zeitliche Probleme bei der Bereitstellung von Unterlagen verwiesen. Außerdem wurde betont, dass Informationen nicht vorsätzlich zurückgehalten würden, man sei jedoch teilweise nicht genug sensibilisiert gewesen, um zu erkennen, dass bestimmte Informationen für die Mitglieder der Begleitgruppe oder auch für die Öffentlichkeit von Interesse gewesen sein könnten. Ein besserer Informationsfluss werde angestrebt.

Die BG A-II wurde vom Betreiber gebeten, zukünftig Fragen zunächst bilateral zu klären, bevor sie an die Presse getragen würden. Der Betreiber bezog sich dabei vermutlich auf eine Veröffentlichungen des Asse II Koordinationskreises /A2K 080610/ und in der Hannover Zeitung vom 10. Juni /HZ 080610/ zum Thema Kontaminationen auf der 750 m Sohle.

Auch im Zusammenhang mit der Vorlage der Störfallanalyse kam es zu Auseinandersetzungen zwischen BG A-II und Betreiber sowie BMBF (Sitzung vom 21.08.2008). Seitens BG A-II wurde mit Unverständnis auf die Verzögerungen bei der Bereitstellung des Berichts reagiert. Auch wurde eine Verpflichtung des BMBF gesehen, den Betreiber zur zeitnahen Bereitstellung von Dokumenten anzuhalten und ggf. auf eine personelle Verstärkung hinzuwirken. Auf die Weiterleitung eines vertraulichen Entwurfs der Störfallanalyse, der nur für die AGO bestimmt war, an die BG A-II reagierte das BMBF mit einer Abmahnung des betreffenden Mitglieds der AGO, da die getroffenen Vereinbarungen verletzt worden seien /BG 080821/.

Zeitliche Verzögerungen bei der Bereitstellung von Informationen haben eine ähnlich negative Wirkung auf die Entwicklung eines vertrauensvollen Umgangs gezeigt wie die Diskussionen um die Verfügbarkeit von Unterlagen. In solchen Fällen wäre es sinnvoll, dass von allen Beteiligten das notwendige Augenmaß gewahrt und die Einhaltung von prozeduralen Vereinbarungen gewährleistet wird, um Auseinandersetzungen möglichst zu reduzieren.

Auf der Seite des Betreibers sollte die Frage der erforderlichen Kapazitäten, die der Prozess bindet, nicht unterschätzt werden, wenn der unerwünschte Eindruck eines unkooperativen Verhaltens vermieden werden soll.

4.2 Thematische Schwerpunkte

Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über die thematischen Schwerpunkte der Sitzungen der BG A-II und der AGO. Von der BG A-II wird nur über die Sitzungen, zu denen alle Mitglieder geladen waren, berichtet, da, wie unter Abschnitt 4.1.1 ausgeführt, von den Sitzungen der „BG A-II klein“ keine Protokolle vorliegen. Im Gegensatz zu den Sitzungen der BG A-II (gesamt) haben Mitarbeiterinnen des Öko-Instituts an den Sitzungen der AGO nicht teilgenommen. Über letztere wird daher nur auf der Basis von Informationen aus vorliegenden Protokollen, Schriftwechseln, Stellungnahmen sowie der Vorträge der AGO in der BG A-II berichtet.

4.2.1 Thematische Schwerpunkte der Sitzungen der BG A-II

Die im Berichtszeitraum durchgeführten Sitzungen der BG A-II hatten insbesondere folgende thematischen Schwerpunkte:

- Durchführung von Baumaßnahmen untertage: Diskussionsgegenstand waren insbesondere
 - der Bau und die Funktion der Strömungsbarrieren sowie die rechtliche Grundlage für die Durchführung der Maßnahmen. In dem Zusammenhang wurde außerdem der Unterschied zwischen den rechtlichen Begriffen der Gefahrenabwehr und der Gefahrenprävention diskutiert.
 - der vom Betreiber verfolgte Zeitplan und die aus Sicht der BG A-II im Frühsommer 2008 zu beobachtende Beschleunigung der Bauaktivitäten des Betreibers. Auf große Zustimmung stieß der im August 08 bekanntgegebene weitgehende Baustopp im Bergwerk.

- Das Verfüllkonzept und mögliche alternative Verfüllmaßnahmen: In diesem Kontext wurden auch die Prüfung der MAW Rückholung und die Möglichkeiten der Erhöhung der Versatzsteifigkeit diskutiert. Von den Mitgliedern der BG A-II wurde wiederholt der Wunsch geäußert, die Prüfung der Möglichkeiten der LAW Rückholung parallel durchzuführen. Auf der Sitzung im November 08 wurde auf Basis der Präsentation der AGO zum Gutachten der EWN/TÜV Nord die MAW-Rückholung /EWN 2008/ diskutiert /BG 081118/.

Die AGO stellte dazu folgende Schlussfolgerungen dar:

- *„Die Rückholung des MAW ist grundsätzlich technisch möglich.*
- *Unsicherheiten im Zeit- und Kostenrahmen sind erheblich.*
- *Die Unsicherheiten betreffen in besonderem Maße die Durchführung eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens für die Rückholung.*
- *Eine behördliche Anordnung erfordert das Vorliegen einer konkreten Gefahr.*
- *Bei behördlicher Anordnung der Rückholungsmaßnahmen werden die Beteiligungsrechte betroffener Dritter weitgehend eingeschränkt.*
- *Unter Störfallgesichtspunkten wäre eine Rückholung nur zu rechtfertigen, wenn hierdurch die Gefahr beseitigt wird.*
- *Die für eine abschließende Einschätzung erforderliche Störfallanalyse liegt bislang nur unvollständig als Entwurf vor. Die Bewertung der Rechtfertigung der Rückholung ist daher noch nicht abgeschlossen.*
- *Unter dem Gesichtspunkt der Langzeitsicherheit ist eine Rückholung allein der MAW nicht zu empfehlen.“*

Aus Sicht der stimmberechtigten Mitglieder der BG A-II ist die Rückholung der LAW auf jeden Fall in die Betrachtungen einzubeziehen.

- Kontaminationen der Salzlösung: Über die Kontaminationen der Salzlösungen im Bergwerk wurde in der BG A-II erstmals am 16.06.08 /BG 080616/ diskutiert, nachdem über das Thema am 10.06.08 in der Presse berichtet worden war und sich zuvor bereits der Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtags mit der Problematik befasst hatte. Zentrale Fragestellungen waren die Höhe der Kontamination, die nachgewiesenen Nuklide, der Abtransport von Zutrittslösungen in andere Bergwerke sowie der Umgang mit den Lösungen in der Asse. Kritik wurde insbesondere an der Informationspolitik des Betreibers geübt. In der nachfolgenden Sitzung am 21.08.08 /BG 080821/ erfolgte eine ausführliche Information der BG A-II durch den Staatssekretär im NMU auf Basis bis dahin erstellter Gutachten zur Herkunft der Kontamination. Diskussionsgegenstand war auch der Verbleib der zutretenden Salzlösungen, nachdem wegen offener Fragen hinsichtlich der Einhaltung der Freigrenzen ein Transportstopp verhängt worden war.

- Nachdem im September 2008 die Übertragung des Betriebs an das BfS beschlossen worden war, wurden verschiedene daraus resultierende Fragen (z. B. Rolle des BfS in der AGO) in einer Sitzung der „BG A-II klein“ am 10.09.08 sowie in einer Sitzung aller Mitglieder im November 08 diskutiert.
- Im September 08 wurde außerdem die Erweiterung der stimmberechtigten Mitglieder durch den Bürgermeister der Stadt Wolfenbüttel vereinbart.
- Im Zusammenhang mit der Diskussion zur Störfallanalyse erfolgte auch ein Austausch zur Notfallplanung, die nach Angaben des NMU dringend zu aktualisieren sei, da z. B. ein massiver Anstieg des Salzlösungszutritts oder ein Brand unter Tage darin derzeit nicht berücksichtigt ist.

Der Überblick über die thematischen Schwerpunkte zeigt, dass im Berichtszeitraum in drei von vier Sitzungen der gesamten Begleitgruppe aktuelle Themen (Kontaminationen, Betreiberwechsel) die Arbeit der BG A-II zu einem großen Teil bestimmt haben. Eine kontinuierliche, intensive Diskussion zu den ursprünglich geplanten Diskussionspunkten war daher in den Sitzungen der gesamten Begleitgruppe aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Die Sitzungen dienten vor allem dem Informations- und Meinungsaustausch über die aktuell angefallenen Fragen. Allerdings stand mit der AGO ein Gremium zur Verfügung, in dem die intensive Fachdiskussion ergebnisorientiert geführt wurde.

4.2.2 Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO)

Als Grundlage für ihre Arbeit vereinbarte die AGO in ihren ersten Sitzungen einen Satz von Kriterien für die Beurteilung von Handlungsoptionen. Demnach sollten für die ersten Prüfschritte, die die Bewertung der vorgelegten Berichte

- des HMGU zur Herleitung zu und Begründung des Stilllegungskonzeptes,
- des HMGU zur Störfallanalyse,
- der EWN und des TÜV Nord Sys Tec zur Rückholbarkeit der MAW /EWN 2008/ und
- der CDM zur Versatzsteifigkeitserhöhung /CDM 2008/

umfassen, folgende Kriterien zur Anwendung kommen /AGO 2008d/:

„Prüfkriterien für vorgelegte Berichte sind die nachfolgend aufgeführten

1. *„Vollständigkeit (sind alle Aspekte ausreichend betrachtet um die Maßnahme, den Vorschlag beurteilen zu können)*

2. *Nachvollziehbarkeit (sind alle für das Verständnis erforderlichen Argumente enthalten und erläutert)*
3. *Plausibilität (fachliche Fehlerfreiheit)*
4. *technische Machbarkeit (es ist nachgewiesen, dass die Maßnahme technisch durchführbar ist)*
5. *nachweisliche Wirksamkeit (es ist belastbar nachgewiesen, dass die Maßnahme nach Auffassung des Verfassers zu einer sicherheitlichen Verbesserung führen kann)*

Bei der Beurteilung der technischen Machbarkeit und der nachweislichen Wirksamkeit gemäß den Punkten 4. und 5. sind die

- Kompatibilität mit den gegebenen standort- und systemspezifischen Randbedingungen und die*
- zeitliche Komponente*

zu berücksichtigen.“

Die weiteren inhaltlichen Arbeiten orientierten sich dann maßgeblich an den zu bewertenden Berichten. Außerdem fand im Juni 08 ein Austausch mit dem BfS-Präsidenten statt. Dieser informierte die AGO, dass im BfS eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei, die Vorbereitungen für den Fall trifft, dass das BfS die Funktion des Antragstellers in einem Planfeststellungsverfahren nach Atomrecht zur Schließung der Schachanlage Asse II übernehmen sollte.

Die AGO arbeitete die von ihr erstellte Agenda im Rahmen der verfügbaren Informationen stringent ab und stellte durch schriftliche Stellungnahmen sowie regelmäßige Berichte in der BG A-II den Informationstransfer sicher.

5 Befragung der Mitglieder der BG A-II

5.1 Hintergrund

In /Öko-Institut 2008a/ wurde im Kapitel „Beobachtungen und Empfehlungen“ darauf hingewiesen, dass die Konzeption des Beteiligungsprozesses und die Ziele der BG A-II und AGO in der Öffentlichkeit nicht bzw. unzureichend bekannt sind. Es wurde empfohlen, die Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II, z. B. durch die Einrichtung einer eigenen Homepage, die eine kontinuierliche Information und ggf. Interaktion mit der Öffentlichkeit ermöglicht, zu verstärken. Damit sollten die Sichtbarkeit der BG A-II und ggf. der AGO und ihrer Arbeit verbessert werden.

Das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ wurde von der BG A-II in ihrer Sitzung vom 10.09.08 aufgegriffen. Zu diesem Zeitpunkt war bekannt gegeben worden, dass die Zuständigkeit für Asse zukünftig dem Bundesamt für Strahlenschutz übertragen wird.

Mit diesem angekündigten Betreiberwechsel wurde von vielen der stimmberechtigten Mitglieder auch ein Wechsel im öffentlichen Auftritt des zukünftigen Betreibers erwartet. Eine bessere Sichtbarkeit der BG A-II wurde auch unter diesen geänderten Randbedingungen für notwendig gehalten. Im Anschluss an ein erstes Brainstorming zu möglichen Maßnahmen einer erweiterten Öffentlichkeitsarbeit stimmte die BG A-II der Durchführung einer telefonischen Befragung der Mitglieder durch das Öko-Institut zu diesem Themenkomplex zu.

Die telefonische Befragung wurde vom Öko-Institut im Zeitraum vom 15.09. bis 06.10.08 durchgeführt. Insgesamt konnten in dieser Zeit 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern in etwa 20-minütigen Interviews befragt werden. Die anderen vier Mitglieder konnten im Befragungszeitraum nicht erreicht werden.

5.2 Durchführung und Ergebnisse der telefonischen Befragung

Ziel der Befragung war es, einerseits die Einschätzung der Mitglieder hinsichtlich der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit direkt zu erfahren, andererseits die Wünsche und Vorstellungen für deren zukünftige Gestaltung zu sammeln. Dabei wurde auch berücksichtigt, wie die Befragten die Rolle der BG A-II in dem jeweiligen situativen Kontext einschätzen.

Die Fragen waren in die drei folgenden inhaltlichen Blöcke gegliedert, jedem Block waren drei Fragen zugeordnet:

1. Wahrnehmung der BG A-II in der Öffentlichkeit:

- a) Wie schätzen Sie die Bekanntheit bzw. die Wahrnehmung der BG A-II in der Öffentlichkeit / bei bestimmten Zielgruppen ein? Worauf beruht diese Einschätzung?
- b) Welche Zielgruppen sollen erreicht werden und wurden sie erreicht?
- c) Welche Maßnahmen haben bisher im Wesentlichen die Wahrnehmung der BG A-II durch die Öffentlichkeit bestimmt?

2. Information über wichtige Ergebnisse und Ereignisse:

- a) Was ist aus Ihrer Sicht das wichtigste Ergebnis der bisherigen Arbeit der BG A-II?
- b) Wie und durch wen wurde dieses Ergebnis in der Öffentlichkeit kommuniziert?
- c) Hat die Medienberichterstattung zur Asse in den letzten Monaten Einfluss auf die Kommunikation der BG A-II nach außen und innerhalb der Gruppe gehabt? Welches waren die Auswirkungen?

3. Zukünftige Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II:

- a) Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Ziele, an denen sich die Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II orientieren sollte?
- b) Welche Themen sollte die Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II auf jeden Fall umfassen?
- c) Halten Sie bestimmte Formen der Öffentlichkeitsarbeit für besonders geeignet – allgemein – Zielgruppen spezifisch – Themen spezifisch? Wie schätzen Sie die Möglichkeiten zur Arbeit mit Multiplikatoren ein?

Die Ergebnisse sind in anonymisierter und aggregierter Form im Anhang zu diesem Bericht zusammengestellt.

Die nachfolgende Zusammenfassung gibt einen Überblick über zentrale und häufig geäußerte Aussagen.

Zur Wahrnehmung der BG A-II in der Öffentlichkeit:

- a) Einschätzung zur Wahrnehmung der BG A-II in der Öffentlichkeit
 - Die BG A-II wird eher implizit wahrgenommen.
 - Die Tatsache, dass die Region im Verfahren zur Stilllegung der Asse eingebunden ist, ist gut bekannt. Das Bild der BG A-II ist allerdings eher diffus.
 - Der Prozess wird über die Ergebnisse transportiert (nicht über die BG A-II).

b) Gewünschte / erreichte Zielgruppen

- Es wurden keine spezifischen Zielgruppen angesprochen.
- Es wurde Transparenz geschaffen, ohne dass die BG A-II selber stark in der Öffentlichkeit präsent sein musste.
- Die Politik als Zielgruppe wurde erreicht. Hier hat eine „Sensibilisierung“ stattgefunden.

c) Maßnahmen, die die Wahrnehmung der BG A-II bestimmt haben

- Informationsveranstaltung im Juni 08 (obwohl die BG A-II nicht der Veranstalter war)
- Pressemitteilungen
- Persönliche Informationen durch Mitglieder
- Landkreis (Landrat) und Asse II-Koordinationskreis fungierten als „Sprachrohr“

Zur Information über wichtige Ergebnisse und Ereignisse:

a) Persönliche Einschätzung zu dem bisher wichtigsten Ergebnis der BG A-II

- Der Diskussionsprozess ist in Gang gekommen.
- Die BG A-II hat mit anderen Gruppen zusammen wichtige Ziele erreicht: Das Verfahren wird nach Atomrecht geführt, der Betreiberwechsel ist beschlossen, die Kontaminationen wurden öffentlich gemacht.
- Es wurde mehr Transparenz geschaffen.
- Politik und Bürgerinitiativen ziehen an einem Strang.

b) Kommunikation der Ergebnisse

- Der große Einsatz des Asse II-Koordinationskreises / der Bürgerinitiativen in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist hervorzuheben.
- Von der BG A-II wurde (zu) wenig kommuniziert.
- Die Zurückhaltung der BGA-II in der Kommunikation nach außen hat dem inneren Prozess gut getan.

c) Einschätzung zum Einfluss der Medienberichterstattung auf die Arbeit der BG A-II

- Die Berichterstattung in den Medien hat die Bedeutung der BG A-II erhöht.
- Die Berichterstattung hat zu einem besseren Informationsfluss geführt, da Presse und Politik den Forderungen nach Information noch mehr Nachdruck verleihen.

Zur zukünftigen Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II

a) Die wichtigsten Ziele, an denen sich die der Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II orientieren sollte:

- Hauptzielgruppe ist die breite Öffentlichkeit in der Region
- Das Aufgabenspektrum umfasst:
 - informieren (sachlich, leicht verständlich, vollständig, zügig, in unterschiedlichem Tiefgang)
 - Fragen, Sorgen und Anregungen aus der Bevölkerung aufnehmen
 - als Ansprechpartner verfügbar sein
 - originäre Interessen der Bevölkerung vertreten
 - die für die Region beste Lösung erreichen
 - Diskussion über Gefahrenszenarien versachlichen
- Zu berücksichtigende Randbedingungen sind:
 - die Überparteilichkeit der BG A-II herausstellen
 - falls erforderlich: Ein Gegenwicht zur Öffentlichkeitsarbeit des Betreibers aufbauen
 - Entwicklungen des Rollenverständnisses der Beteiligten, z. B. BMU, bei der Zielformulierung berücksichtigen
 - mögliche soziale Implikationen in der Region berücksichtigen und Moderationsfunktion wahrnehmen.

b) Themen der Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II

- Die BG A-II mit ihren Zielen, ihrer Rolle, ihren Mitgliedern darstellen.
- Die BG A-II für die Öffentlichkeit ansprechbar machen.
- Aktuelle Prozesse, Entwicklungen, Ergebnisse darstellen, z. B.
 - Betreiberwechsel und die Rollen der beteiligten Ministerien
 - mögliche Rückholung der Abfälle und deren Verbleib
 - Notwendigkeit und Ergebnisse des Optionenvergleichs
 - aktuelle Gutachten
 - Vergangenheit aufarbeiten und daraus lernen
- Befürchtete Auswirkungen in der Region thematisieren
 - bestehende Diskussionen über wirtschaftliche Auswirkungen aufgreifen
 - die Region als Lebensraum für heutige und zukünftige Generationen
 - Strahlenschutz, Strahlenbelastung, Ergebnisse radiologischer Messungen
 - Gefährdungssituation darstellen (heute, zukünftig, Öffentlichkeit, Beschäftigte)

c) Zielgruppen, Methoden und Einsatz von Multiplikatoren

- Zielgruppen:
 - allgemeine Öffentlichkeit
 - Jugendliche

- politische Vertreter (Kreis, Landtag)
- teilweise betroffene Behörden
- Formen/Methoden:
 - Presse und Printprodukte
 - Pressemitteilungen nach BG-Sitzungen
 - Pressekonferenzen, ggf. auch in Hannover
 - Braunschweiger Zeitung und „Schaufenster“
 - Flyer zur Auslage an öffentlichen Plätzen
 - Identifizierbarkeit durch eigenen Briefkopf verbessern
 - Elektronisch
 - Eigene Website
 - Email-Verteiler / Newsletter
 - Persönliche Ansprache
 - Infoveranstaltungen (fokussierter, häufiger, Diskussionsmöglichkeiten bieten)
 - persönliche Gespräche
 - Vorträge und Diskussionen durch BG-Mitglieder bei Vereinen
 - Ansprechpersonen (ohne vertiefte Fachkenntnisse) für telefonische Anfragen
 - öffentliche Sitzungen der BG A-II
- mögliche Multiplikatoren sind:
 - BG selber
 - Kirche (neutral, erreicht Jugendliche und Erwachsene)
 - Volkshochschule (Bildungsnetzwerk aufbauen) sowie Lehrer und Hochschulen (junge Leute erreichen)
 - Regionale Presse - evtl. Pressevertreter als nicht stimmberechtigtes Mitglied in die BG aufnehmen
 - Bürgermeister – evtl. über spezielle Plattform informieren
 - örtliche BIs (können inzwischen auch Gruppen ansprechen, die früher nicht erreichbar waren)
- Punkte, die bei Arbeit mit Multiplikatoren beachtet werden müssen:
 - Briefing der Multiplikatoren ist bei den schnellen dynamischen Entwicklungen und Änderungen schwierig
 - Gefahr, dass Dinge untergehen
 - direktes Gespräch und häufige Aktualisierung des Informationsstandes erforderlich

- Multiplikatoren müssen Vertrauensbonus haben; eine klare Trennung von der Betreiberseite wird dafür für notwendig gehalten

5.3 Fazit

Folgende Beobachtungen lassen sich auf Basis dieser Ergebnisse zusammenfassen.

Eine Vielzahl der Mitglieder der BG A-II konstatiert, dass die bisherige Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II nicht zu einer großen Bekanntheit der Gruppe selber beigetragen hat. Dies wird jedoch für die ersten Monate ihrer Tätigkeit nicht unbedingt als Nachteil angesehen. Zum Einen wurden wesentliche Diskussionspunkte der BG A-II und daraus angestoßene Entwicklungen auch über andere Wege in die Medien gebracht und von der Politik wahrgenommen. Zum Anderen wurde der interne Entwicklungsprozess der Gruppe dadurch entlastet.

Die Auswirkungen der intensiven Medienberichterstattung über die Asse in den Monaten vor der Befragung werden in erster Linie positiv eingeschätzt, da sie den Forderungen nach Transparenz mehr Nachdruck verliehen hätten.

Von verschiedenen Befragten wurde hervorgehoben, dass neben inhaltlichen Zielen (Verfahren nach Atomrecht, Betreiberwechsel etc.) auch die erfolgte Entwicklung gemeinsamer Sichtweisen und Zielsetzungen durch Politik und Bürgerinitiativen in der Region ein wichtiges Ergebnis der bisherigen Arbeit darstelle.

Für die zukünftige Arbeit der BG A-II bestand durchgängig das Bedürfnis, diese stärker in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Hierzu besteht bei den Einzelnen bereits eine Vielzahl von Ideen, wobei auch das Bewusstsein für den unterschiedlich hohen Aufwand vorhanden ist, der eine Prioritätensetzung erforderlich machen wird.

6 Evaluation des Beteiligungsprozesses zum Stichtag 31.12.2008

6.1 Einleitung

Auf Basis der oben beschriebenen Beobachtungen und Erkenntnisse über den Beteiligungsprozess zur Stilllegung der Asse II werden nachfolgend im Sinne einer Zwischenevaluation einige zentrale Aspekte des bisherigen Prozesses beleuchtet. Die Ergebnisse sollen der Ableitung von Verbesserungsvorschlägen dienen und Erfahrungen für die Gestaltung zukünftiger Endlagerverfahren verfügbar machen.

Bei der Evaluation des Beteiligungsprozesses zur Stilllegung der Asse II ist übergreifend zu berücksichtigen, dass der bisherige Prozessverlauf durch eine Vielzahl von Ereignissen geprägt war, die eine kontinuierliche Entwicklung des Beteiligungsprozesses unter konstanten äußeren Randbedingungen nicht erlaubten. Dies gilt insbesondere für die mit dem Wechsel der Betreiberzuständigkeiten und des rechtlichen Verfahrens verbundenen Änderungen der Verantwortlichkeiten und Rollen der beteiligten Institutionen.

Darüber hinaus ist eine Besonderheit des Prozesses vor allem in der gesamten „Vorgeschichte“ zu sehen, die dazu führte, dass die Aufarbeitung einer Vielzahl von Problemstellungen, die durch den Beteiligungsprozess öffentlich bekannt wurden, immer wieder die Bemühungen zur gemeinsamen Entwicklung eines Konzepts zum zukünftigen Umgang mit der Anlage überlagerte.

Insgesamt kann daher der Prozess nicht ohne Weiteres an Maßstäben für Beteiligungsprozesse gemessen werden, die in neu initiierten Planungs- oder Genehmigungsverfahren zum Einsatz kommen (siehe z. B. in /OECD 2001/, /NEA 2003/, /Riscom 2001/ und /Riscom 2003/ sowie /Jordi 2006/). Als Bewertungsgrundlage werden daher hier die von der BG A-II selbst definierten Ziele des Prozesses herangezogen.

Die BG A-II hat in ihrer Geschäftsordnung /BG 2008/ eine Reihe von übergeordneten und inhaltlichen Zielen definiert. Während die übergeordneten Ziele auch bei einer Zwischenevaluation sinnvoll behandelt werden können, kann zu einigen inhaltlichen Zielen naturgemäß noch keine Aussage getroffen werden, da sie erst in zukünftigen Prozessschritten konkret angegangen werden können.

Nachfolgend wird zu den einzelnen Zielen der BG A-II eine Einschätzung des bisher Erreichten gegeben.

6.2 Einschätzungen und Hinweise zur bisherigen Zielerreichung

Auf der Basis der oben beschriebenen Ausführungen ergeben sich - bezogen auf die Ziele der BG A-II - die nachfolgend dargestellten Einschätzungen. Wo dies erforderlich erscheint, werden zu den einzelnen Punkten abschließend *Hinweise* im Hinblick auf eine weitere positive Entwicklung des Beteiligungsprozesses gegeben. Diese sind *kursiv gesetzt*.

Erreichung der generischen Ziele der BG A-II:

- Bündelung der Interessen der Region

In der BG A-II hat sich ein starker Zusammenhalt der stimmberechtigten Mitglieder als Repräsentanten politischer und gesellschaftlicher Institutionen in der Region gebildet. Die Etablierung der „BG A-II klein“, die sich mit deutlich höherer Frequenz als die gesamte Begleitgruppe trifft, ist ein Hinweis darauf, dass die regionalen Vertreter großen Wert darauf legen, gegenüber „Externen“ mit einer Stimme zu sprechen. Auftritte politischer Vertreter der BG A-II auf Veranstaltungen der Bürgerinitiative und die im Rahmen des Telefoninterviews genannte Meinung, dass die regionalen Vertreter „an einem Strang ziehen“, belegen, dass sich gemeinsame Sichtweisen und Ziele entwickelt haben. Eine Bündelung der Interessen der Region konnte somit offenbar eingeleitet werden.

- Versachlichung der Diskussion und Vorbereitung einer sachgerechten Entscheidung

Eine Versachlichung der Diskussion hat durch die Arbeit der BG A-II, insbesondere aber auch durch die Arbeit in der AGO stattgefunden. Die Initiierung der AGO als Fachgremium parallel zur BG A-II hat dazu geführt, dass die Bearbeitung der vereinbarten fachlichen Agenda durch die AGO ein Stück weit entkoppelt von tagesaktuellen Entwicklungen stattfinden konnte, die sonst ein kontinuierliches Arbeiten und eine themenorientierte Diskussion zum Teil erheblich erschwert hätten. In der AGO konnte ein Arbeitsklima erreicht werden, das auf einer gleichberechtigten Entwicklung der relevanten Fragen und Lösungsvorschläge beruhte. Bei der Vermittlung von Ergebnissen in die BG A-II kam den von der BG A-II benannten Experten augenscheinlich eine wichtige Vermittlerfunktion zu.

Durch die Repräsentanz von BMU und BMBF in der AGO - vertreten durch BfS und PTKA-WTE - war außerdem eine enge Kopplung an die relevanten Bundesministerien gegeben. Dies erscheint im Sinne der Vorbereitung einer sachgerechten Entscheidung zielführend.

Durch die Konstellation der Begleitgremien konnte eine Versachlichung der Diskussion erreicht werden und Beiträge zur Vorbereitung einer sachgerechten Entscheidung konnten geleistet werden.

- Die Umsetzung von Entscheidungen der drei Ministerien begleiten

Die zentrale Entscheidung der drei Ministerien im Berichtszeitraum war die Übertragung der Betreiberaufgabe an das BfS und die Überführung des Verfahrens in das Atomrecht. Der Betreiberwechsel wurde und wird durch die Begleitgruppe u. a. hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Beschäftigten der Asse und die Rückwirkungen in der Region aufmerksam verfolgt und begleitet. Beispielsweise wurden verschiedene Gespräche mit dem BfS zu diesem Thema geführt. Die BG A-II hat sich hier als geeignetes Gremium für die Begleitung der Entscheidung erwiesen.

Entscheidungen der Ministerien im Sinne einer unmittelbaren Vorbereitung einer Stilllegungsoption, deren Umsetzung zu begleiten wäre, gab es im Berichtszeitraum nicht.

Durch die enge Einbindung des NMU, des BMU und des BMBF in den Beteiligungsprozess sind prinzipiell die Voraussetzungen dafür gegeben, dass Entscheidungen durch die BG A-II bzw. AGO begleitet werden können. Sie können in den Gremien zeitnah kommuniziert und in ihrer Entwicklung kontinuierlich verfolgt werden.

Ein konkrete Aussage, ob und in welchen Fällen zukünftig eine Begleitung von Entscheidungen gelingen wird, kann anhand der bisher vorliegenden Erfahrungen noch nicht getroffen werden. Neben dem Austausch innerhalb der Gremien wird bei der Begleitung von Entscheidungen durch die BG A-II auch die Vermittlungsfunktion in die regionale Öffentlichkeit eine wichtige Rolle spielen.

Hinweis: Um eine effektive Begleitung von Entscheidungen durch die BG A-II zu ermöglichen, sind aus derzeitiger Sicht folgende Voraussetzungen wichtig:

Sowohl die Vorbereitung als auch die Umsetzung der Entscheidung erfordern einen kontinuierlichen, offenen Austausch innerhalb der BG A-II, in dem die Entscheidungen kommuniziert und diskutiert werden. Insbesondere bei Entscheidungen, die die Vorbereitung einer Stilllegungsoption unmittelbar betreffen, ist zu erwarten, dass den regionalen Vertretern in der BG A-II eine wichtige Rolle bei der Vermittlung in der Region zukommen wird. Ein vertrauensvoller Umgang innerhalb der BG A-II und etablierte Strukturen der Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II werden dafür relevante Voraussetzungen sein.

- Vertrauen und Akzeptanz fördern

Das Verhältnis der Öffentlichkeit zum Betreiber und zu den Behörden im Verfahren zur Stilllegung der Asse II war vor der Aufnahme des Beteiligungspro-

zesses durch erhebliches Misstrauen gekennzeichnet. Dieses wurde insbesondere durch einen intransparenten Umgang mit sicherheitstechnischen Problemen in dem Bergwerk hervorgerufen.

Durch die Übertragung des Betriebs an das BfS, das im Rahmen des bisherigen Beteiligungsprozesses ein großes Vertrauen bei den Vertretern der Begleitgruppe und in der AGO genossen hat, wurde die Basis für Vertrauen und Akzeptanz verbessert. Wenn sich die neuen Zuständigkeiten und Rollen etabliert haben, wird neu zu bewerten sein, wie weit der Prozess zur Förderung von Vertrauen und Akzeptanz unter den Beteiligten, insbesondere zwischen den regionalen Vertretern und dem Betreiber einerseits sowie den Ministerien andererseits, beiträgt.

Hinweis: Um die Vertrauensentwicklung durch transparente Strukturen zu unterstützen, erscheint es notwendig, dass die beteiligten Ministerien ihre neuen Rollen klar formulieren, kommunizieren und umsetzen.

Außerdem sollte klar kommuniziert werden, wie sich die Genehmigungssituation insgesamt und für einzelne Maßnahmen unter Berücksichtigung der relevanten Rechtsgebiete (Atomrecht und Bergrecht, Genehmigung im ausführlichen Verfahren bzw. Anordnung zur Gefahrenabwehr) für betreiberseitig geplante Maßnahmen darstellt.

Bei Terminsetzungen – insbesondere für die Bereitstellung von Informationen durch den Betreiber – sollten gemeinsam klare Vereinbarungen mit realistischen Zielen getroffen werden, da diese Fragen im bisherigen Verlauf mehrfach Ursachen für Misstrauen waren. Dabei sollten die personellen Möglichkeiten des Betreibers in der Aufbauphase respektiert und absehbare Abweichungen von vereinbarten Terminen frühzeitig kommuniziert werden.

- **Transparenz schaffen durch fachlich nachvollziehbare Bewertung und Dokumentation**

Der bisherige Prozess war in vielen Bereichen noch durch die Aufarbeitung früherer Entwicklungen mit mangelnder Transparenz gekennzeichnet, zu deren Klärung der Beteiligungsprozess in hohem Maße beigetragen hat.

In den originären Fragestellungen zur Stilllegung der Asse, insbesondere der Herleitung möglicher Stilllegungsoptionen und deren vorläufiger Kategorisierung durch die AGO, war die Arbeitsweise auf die Schaffung von Transparenz und fachliche Nachvollziehbarkeit angelegt. Die bisher vorliegenden Ergebnisse sind für alle Beteiligten nachvollziehbar dokumentiert.

- **Die Berücksichtigung der Anforderungen des Atomrechtes sicherstellen**
Diese Zielsetzung wurde durch die Überführung des Verfahrens in das Atomrecht erreicht.

- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

(Zur Informations- und Öffentlichkeitsarbeit finden sich ausführliche Informationen und Schlussfolgerungen in Kapitel 5).

Die BG A-II hat beschlossen, ihr Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zukünftig deutlich zu verstärken. Auch das BfS verfolgt das Ziel, als Betreiber mit einer sichtbaren Öffentlichkeitsarbeit Transparenz zu schaffen und Vertrauen in der Region zu entwickeln.

Beim Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit sollten Wege zur Abstimmung zwischen BG A-II und BfS etabliert werden, um Verunsicherung in der Region durch widersprüchliche Informationen zu vermeiden.

Erreichung der inhaltlichen Ziele der BG A-II:

- Bestmögliche Sicherung von Asse II durch ergebnisoffenen Prozess;
Ergebnisoffener Optionsvergleich

Bisher bestehen keine Anzeichen, dass der Prozess nicht ergebnisoffen geführt wird. Dazu hat auch der weitgehende Stopp der Baumaßnahmen (z. B. Errichtung von Strömungsbarrieren) beigetragen, der die Schaffung von Vorfestlegungen für bestimmte Stilllegungsoptionen verhindern sollte. Die Auswahl von Stilllegungsoptionen erfolgte im Rahmen der bestehenden Randbedingungen ebenfalls ohne Vorfestlegungen. Ob letztendlich aus Sicht der Beteiligten die bestmögliche Sicherung durch die Realisierung der geeignetsten Option realisiert wird, kann erst im weiter fortgeschrittenen Prozess bewertet werden.

- Erarbeitung einer Konsequenzanalyse und Sensitivitätsanalyse für jede Option
Konsequenzen- und Sensitivitätsanalysen sind bisher nicht erfolgt, da der Schwerpunkt im Berichtszeitraum auf der Identifizierung potenziell geeigneter Optionen lag.

Aus jetziger Sicht wäre es sinnvoll, im Rahmen des Vergleichs der relevanten Optionen zu klären, wie und in welchem Umfang diese Zielsetzung realisiert werden kann.

- Erweiterung der Handlungsoptionen durch Stabilisierung des Grubengebäudes
Die Stabilisierung des Grubengebäudes durch Erhöhung der Versatzsteifigkeit war bereits Gegenstand des im November 2007 von BMU, BMBF und NMU veröffentlichten Maßnahmenpakets /BMU 071121/. Ein entsprechendes vom BMBF beauftragtes Gutachten der Firma CDM /CDM 2008/ wurde im September 08 vorgelegt. Die Prüfung der Ergebnisse dieses Gutachtens war Teil der Aufgaben der AGO. Seit dem Jahresende 2008 finden konkrete Schritte zur

Vorbereitung der Realisierung stabilisierender Maßnahmen statt. Das Ziel kann daher als fest im Verfahren etabliert angesehen werden.

- Erstellung eines Langzeitsicherheitsnachweises

Die Erstellung eines Langzeitsicherheitsnachweises unter Berücksichtigung neuer Stilllegungsoptionen ist bisher nicht erfolgt, da der Schwerpunkt im Berichtszeitraum auf der Identifizierung potenziell geeigneter Optionen lag.

- Erstellung einer Störfallanalyse (Schutz der Bevölkerung bei einem Wassereintritt, einer Störung des Deckgebirges)

Die Erstellung einer Störfallanalyse war eine gemeinsame Forderung der drei beteiligten Ministerien in /BMU 071121/. Sie wurde im Berichtszeitraum vom Betreiber HMGU vorgelegt; die AGO beurteilte die Unterlage allerdings als unzureichend. Alle Mitglieder der BG A-II teilten die Auffassung, dass die Notwendigkeit eine fundierte Störfallanalyse vorzulegen weiterhin besteht. Da Ergebnisse der Störfallanalyse auch bei der Aktualisierung der Notfallplanung eine Rolle spielen, ist davon auszugehen, dass das Ziel im Verfahren etabliert ist. Entsprechende Untersuchungen werden im Auftrag des neuen Betreibers BfS durchgeführt werden.

6.3 Fazit

Eine Vielzahl der Ziele, die die Begleitgruppe Asse II für ihre Arbeit definiert hat, wurde im ersten Jahr ihrer Arbeit erfolgreich verfolgt.

Im Bereich der generischen Ziele sind insbesondere die positiven Entwicklungen hinsichtlich der Bündelung der Interessen der Region sowie hinsichtlich der Versachlichung der Diskussion und der Schaffung von Transparenz hervorzuheben.

Sichtbare Schritte, aber auch ein weiteres Entwicklungspotenzial, sehen wir hinsichtlich der Förderung von Vertrauen und Akzeptanz. Der Ausbau der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit befindet sich bereits in der Entwicklung.

Die generischen Ziele sind entsprechend ihres Charakters für die gesamte Prozessdauer relevant. Sie erfordern daher kontinuierliche Bemühungen aller Beteiligten, um den Prozess weiterhin an den Zielen auszurichten und die erreichten Entwicklungen zu erhalten und ggf. auszubauen.

Hinsichtlich der inhaltlichen Ziele sind Ansätze zur Umsetzung vielfach erkennbar. Eine vollständige Umsetzung der inhaltlichen Ziele konnte naturgemäß zum derzeitigen Stand des Prozesses noch nicht erreicht werden. Gleichwohl ist in einigen

Punkten die Umsetzung der Ziele aus heutiger Sicht schon jetzt im Verfahren etabliert.

Eine zielgerichtete Entwicklung des Prozesses kann durch einen regelmäßigen Abgleich mit den definierten Zielen unterstützt werden.

Literaturverzeichnis

- /A2K 080610/ Asse II Koordinationskreis: Pressemitteilung vom 10.06.2008
- /AGO 2008a/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Agenda für die Tätigkeit der „AG Optionenvergleich“, Stand 18.03.2008
- /AGO 2008b/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Protokoll der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Optionenvergleich am 05.03.2008
- /AGO 2008c/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Protokoll der 2. Sitzung der Arbeitsgruppe Optionenvergleich am 18.03.2008
- /AGO 2008d/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Kriterien für die Beurteilung von Handlungsoptionen für die Stilllegung der Schachanlage Asse II, Stand 14.04.2008
- /AGO 2008e/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Protokoll der 3. Sitzung der Arbeitsgruppe Optionenvergleich am 14.04.2008
- /AGO 2008f/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zum Bericht des Helmholtz Zentrum München: „Entwicklung und Beschreibung des Konzepts zur Schließung der Schachanlage Asse“, 29.09.2008
- /AGO 2008g/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zum Bericht der EWN GmbH und der TÜV NORD SysTec GmbH : „Möglichkeit einer Rückholung der MAW-Abfälle aus der Schachanlage Asse“, 22.12.2008
- /AGO 2009/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Bewertung von Optionen zur Verbesserung der Sicherheitssituation im Rahmen der Stilllegung der Schachanlage Asse II. Abschlussbericht der AGO-Phase-1 (2008), Stand 12.02.2009
- /akp 080526/ ASSE-II-Koordinationskreis, Pressemitteilung vom 26.05.2008: Asse II: Grenzwerte schon nach 150 Jahren überschritten? KritikerInnen sind entsetzt: „Verfüllung und Flutung muss sofort gestoppt werden“
- /BfS 2007a/ Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Vertrag SR 2603 – Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II vom 25.10 und 5.11.2007
- /BfS 2007b/ Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Prüfungen von Unterlagen zur Schließung der Schachanlage Asse II im Hinblick auf die Anforderungen eines atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens“ vom 26.09.2007
- /BfS 2008/ Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Vertrag SR 2603 – Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II unter Anwendung der Sicherheitsmaßstäbe des Atomrechts, Schreiben AG-F 3.3 SR 2603 vom 14.08.08 an das Öko-Institut
- /BG 080428/ Begleitgruppe Asse – II: Protokoll der Sitzung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse – II vom 28.04.2008 im Landkreis Wolfenbüttel
- /BG 080616/ Begleitgruppe Asse – II: Protokoll der Sitzung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse – II vom 16.06.08 im Landkreis Wolfenbüttel
- /BG 080821/ Begleitgruppe Asse – II: Protokoll der Sitzung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse – II vom 21.08.08 im Landkreis Wolfenbüttel

- /BG 081118/ Begleitgruppe Asse – II: Protokollendfassung der Sitzung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse – II vom 18.11.08 im Landkreis Wolfenbüttel
- /BG 2008/ Geschäftsordnung Begleitgruppe Asse II, Stand 04.02.2008
- /BMBF 2008a/ Bundesministerium für Bildung und Forschung: hier: Arbeitsgruppe Optionenvergleich - Konstituierende Sitzung am 05. März 2008 in Salzgitter. Scheiben der drei Experten vom 06. März 2008; Schreiben an den Landkreis Wolfenbüttel vom 12.03.2008
- /BMBF 2008b/ Bundesministerium für Bildung und Forschung: hier: Fragen AGO-Experten,; Konzept Strömungsbarrieren; Schreiben an den Landkreis Wolfenbüttel vom 13.06.2008
- /BMU 071121/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung Nr. 312/07 vom 21.11.2007: Gemeinsame Pressemitteilung mit dem BMBF und dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt (NMU), Berlin und Hannover verabreden Maßnahmen zur Minimierung von Risiken in der Asse, Berlin, 21.11.2007
- /BMU 080805/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Schachtanlage Asse II, Stand 05. August 2008
- /BMU 081105/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung Nr. 245/08: Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kabinett beschließt Betreiberwechsel für Asse, Stilllegung der Asse erfolgt nach Atomrecht, Berlin, 05.11.2008
- /BMU 081116/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung Nr. 316/08 vom 30.12.2008: Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, Bundesamt für Strahlenschutz wird Betreiber der Asse, Berlin, 16.11.2008
- /BMU 081230/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung Nr. 316/08 vom 30.12.2008: Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, Bundesamt für Strahlenschutz wird Betreiber der Asse, Berlin, 30.12.2008
- /CDM 2008/ CDM Consult GmbH: Konzeptstudie zur Erhöhung der Versatzsteifigkeit der mit Salzgrus verfüllten Kammern der Südwestflanke der Schachtanlage Asse II, Bochum, 12.09.2008
- /dw 080620/ Anita Pöhlig, Michael Kirner: Heftiger Streit um Atommüll-Lager Asse entbrannt, Artikel in DW-World.de - Deutsche Welle vom 20.06.2008
- /ESK 2008a/ Entsorgungskommission (ESK) und Strahlenschutzkommission (SSK): Gemeinsame Stellungnahme der ESK und der SSK zur Schachtanlage Asse II – Plausibilitätsprüfungen der Angaben des Betreibers, 25.09.2008
- /ESK 2008b/ Entsorgungskommission (ESK) und Strahlenschutzkommission (SSK): Gemeinsame Stellungnahme der ESK und der SSK zur Schachtanlage Asse II – Empfehlungen für Untersuchungen, 12.11.2008
- /EWN 2008/ EWN GmbH und TÜV NORD SysTec GmbH & Co. KG: Möglichkeit einer Rückholung der MAW-Abfälle aus der Schachtanlage Asse. Endgültige Entwurfsfassung; Lubmin, Hamburg, 02.10.2008
- /fra 090223/ Joachim Wille: Problem-Lager Asse Nicht nur Forschungsmüll, Artikel in fr-online - Frankfurter Rundschau vom 23.02.2009

- /goet 080826/ Saskia Döhner: In der Asse ist kein hoch radioaktiver Müll, Artikel in Goettinger Tageblatt vom 26.08.2008
- /haz 080526/ Saskia Döhner: Neues Gutachten warnt vor Flutung der Asse, Artikel in HAZ - Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 26.5.2008
- /HMGU 080731/ Helmholtz Zentrum München, Pressemitteilung vom 31.07.2008: Radioaktive Abfälle in der Schachanlage Asse. Einlagerung vom Helmholtz Zentrum München im Detail dokumentiert
- /HZ 080610/ Wöckener, T.: Eilmeldung: Radioaktiver Super Gau vor den Toren Hannovers, Hannover Zeitung, 10. Juni 2008
- /Jordi 2006/ Jordi, S.: Die Anwendung partizipativer Verfahren in der Entsorgung radioaktiver Abfälle, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK, Bundesamt für Energie BFE, 2006
- /LkWb 080419/ Landkreis Wolfenbüttel: Begleitgruppe Asse II zum Schließungskonzept: "Mangelhafte Darstellung der angedachten Optionen", Pressemitteilung vom 19.04.2008
- /LkWb 090301/ Landkreis Wolfenbüttel: Informationen zur Schließung von Asse II, Website auf der Homepage des Landkreises Wolfenbüttel unter <http://www.landkreis-wolfenbuettel.de/index.phtml?La=1&sNavID=175.77&mNavID=175.77.1&object=tx|1105.606.1&sub=0>, Stand 01.03.2009
- /ND 800325/ Reimar P.: Schnelligkeit vor Sicherheit. Kritikern werden Unterlagen zum Atommüllendlager Asse II verweigert, Neues Deutschland, 25.03.2008
- /NDR 080616/ Auch Gabriel missbilligt Informationspolitik, Artikel in NDR Online Nachrichten - Norddeutscher Rundfunk am 16.06.2008
- /NDR 080729/ Grüne vermuten illegale Endlagerung in Asse II, ohne Autorenangabe, Artikel in NDR-online (Norddeutscher Rundfunk) vom 29.07.2008
- /NEA 2003/ Nuclear Energy Agency – Forum on Stakeholder Confidence: Stakeholder Involvement Tools: Criteria for Choice and Evaluation. Proceedings of a Topical Session at the 4th meeting of the NEA Forum on Stakeholder Confidence on May 22, 2003; November 2003
- /news 080402/ Dartsch, K.: Ministerium hält Forscher hin und verzögert Versand der Asse-Akten, Meldung in newsklick vom 02.04.2008
- /news 080527/ Michael Ahlers: "Es steht schlimm um die Asse", Gegner des Atommüll-Endlagers warnen vor Vergiftung der Umwelt, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 27.5.2008
- /news 080611/ Michael Ahlers: Wasser im Asse-Endlager radioaktiv belastet, Experten rätseln über Herkunft von Cäsium-137, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 11.06.2008
- /news 080619/ Michael Ahlers: Gabriel soll Endlager Asse übernehmen, SPD und Grüne fordern das Bundesumweltministerium nach dem Cäsium-Skandal zum Eingreifen auf, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 19.06.2008

- /news 080707/ Karl-Ernst Hueske: Atomgegner zogen vor den Asse-Schacht, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 07.07.2008
- /news 080903/ Michael Ahlers und Christian Kerl: Neuer Betreiber für Asse II gesucht, Wahrscheinlich übernimmt das Bundesamt für Strahlenschutz die Regie – Morgen findet Spitzentreffen statt, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 03.09.2008
- /news 081007/ Michael Ahlers: "Atommüll komplett herausholen": Kritiker sehen sich durch neues Gutachten bestätigt: Asse II kann weit über 2014 hinaus stabilisiert werden, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 10.07.2008
- /news 081010/ Michael Ahlers: "Asse-Laugen waren nicht hoch belastet" Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 10.10.2008
- /news 081011/ Michael Ahlers: Asse-Atommüll kann geborgen werden, Bundesamt für Strahlenschutz: Technisch machbar – Angst vor Strahlenbelastung für die Mitarbeiter, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 11.10.2008
- /news 081106/ Berlin will für Atomlager Asse Gesetz ändern, ohne Autorangabe, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 06.11.2008
- /news 081106/ Karl-Ernst Hueske und Kai-Uwe: Härtefallfonds wegen Asse II, Bund stellt 500 000 Euro für in der Existenz bedrohte Betriebe zur Verfügung, Artikel in newsklick (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 06.11.2008
- /news 081122/ Christian Kerl: Koalition erhöht Schulden für das Krisenjahr 2009. Haushalt steht: Region bekommt Finanz-Ausgleich für Atommüll-Lager Asse II, (newsklick der regionalen Tageszeitungen Braunschweiger Zeitung, Wolfsburger Nachrichten und Salzgitter Zeitung) vom 22.11.2008
- /NMU 2008/ Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz: Statusbericht des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz über die Schachtanlage Asse, Hannover, 01.09.2008
- /nmup 080620/ Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz: Information von Umweltstaatssekretär Dr. Stefan Birkner, Landtags-Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 20.Juni. 2008
- /nmup 080730/ Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, Pressemitteilung Nr. 49/2008 vom 30.07.08: Schachtanlage ASSE II, Birkner: Keine hochradioaktiven Abfälle in der ASSE
- /ntv 080623/ Anita Pöhlig: Symbol für falsche Atompolitik Zweifel an Salzbergwerk Asse, Artikel in n-tv.de vom 23.06.2008
- /OECD 2001/ OECD: Citizens as Partners: Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making - Governance, Paris, 2001

/Öko-Institut 2008a/	Öko-Institut e.V.: SR 2603 - Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II - Abschlussbericht zum 31.03.2008, Darmstadt, 09.06.2008
/Öko-Institut 2008b/	Öko-Institut e.V.: Antrag zur Verlängerung und Aufstockung des Vorhabens SR 2603 „Unterstützung des BMU im Verfahren der Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II“ für zusätzliche Arbeiten im Jahr 2008, Darmstadt, 19.05.2008
/Öko-Institut 2008c/	Öko-Institut e.V.: Befragung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse II. Telefonische Befragung zum Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit. Fragebogen Stand 12.09.2008
/Öko-Institut 2008d/	Öko-Institut e.V.: Telefonische Befragung der Mitglieder der Begleitgruppe Asse II zum Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit. Zusammenfassung der Ergebnisse zum Fragenkomplex 3.: „Zukünftige Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II“, Darmstadt, 06.10.2008
/Öko-Institut 2008e/	Öko-Institut e.V.: Aufzeichnungen der Sitzung der Begleitgruppe Asse-II am 28.04.2008 Darmstadt, 19.05.2008
/Öko-Institut 2008f/	Öko-Institut e.V.: Aufzeichnungen der Sitzung der Begleitgruppe Asse-II am 16.06.2008 Darmstadt, 20.06.2008
/Öko-Institut 2008g/	Öko-Institut e.V.: Aufzeichnungen der Sitzung der Begleitgruppe Asse-II am 21.08.2008 Darmstadt, 27.08.2008
/osna 080728/	Laut Grüne auch Kernbrennstoff im Lager Asse, ohne Autorangabe, Hannover (AP) Artikel in on-live.de - Osnabrücker Nachrichten vom 28.07.2008
/Riscom 2001/	Hunt, J., Day, K. & Kemp, R.: RISCOS Deliverable 4.1. Stakeholder Dialogue: Experience and Analysis; ohne Ort, 2001
/Riscom 2003/	Andersson, K. et al.: Transparency and Public Participation in Radioactive Waste Management. RISCOS II Final report, Stockholm, Oktober 2003
/SSK 2008/	Strahlenschutzkommission (SSK): Organisation und Durchführung des Strahlenschutzes in der Schachanlage Asse II (Hintergrundinformation der SSK zur gemeinsamen Stellungnahme der ESK und der SSK zur Schachanlage Asse II – Plausibilitätsprüfungen der Angaben des Betreibers). Stellungnahme der Strahlenschutzkommission, 25./26.09.2008
/stern 080904/	Bergwerk Asse gilt jetzt als Endlager, ohne Autorengabe, Artikel in Stern vom 04.09.2008
/sued 080729/	Ralf Wiegand: Brennstäbe in Blechdosen, Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 29.09.2008
/taz 080319/	Paul, R: Akteneinsicht abgelehnt, Artikel in der TAZ Nord vom 19.03.2008
/TÜV 2008/	TÜVNORD EnSys Hannover GmbH & Co. KG Energie und Systeme: Radioaktive Abfälle in der Schachanlage Asse II, Sachstand Prüfergebnisse
/waz 080623/	Atom Mülllager Asse: Minister Sander soll Bericht erstatten, ohne Autorangabe, Artikel in waz-online.de - Wolfsburger Allgemeine vom 23.06.2008
/waz 080826/	Saskia Döhner: In der Asse ist kein hoch radioaktiver Müll, Artikel in waz-online - Wolfsburger Allgemeine vom 23.06.2008
/yahoo 080813/	Lauge aus der Asse sorgt für Unruhe im Kreis Celle, ohne Autorengabe, Artikel in yahoo! vom 13.08.2008

Anhang - Ergebnisse der Befragung der Mitglieder der BG A-II zum Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit

Telefonische Befragung zum Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit

Zeitpunkt der Befragung: 15. September bis 06. Oktober 2008

Anlass: Überprüfung der Rolle der Begleitgruppe Asse II (BG A-II) aufgrund des Wechsels der Betreiberzuständigkeit

Vorgehensweise:

Es wurden 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern der BG A-II befragt. Die anderen vier Mitglieder konnten im Befragungszeitraum nicht erreicht werden.

Die Interviews wurden gemäß dem in Kapitel 5.2 dargestellten Fragebogen in etwa 20-minütigen Telefonaten geführt. Alle Fragen wurden offen – ohne Vorgabe von Antwortmöglichkeiten – gestellt.

Wir bedanken uns bei allen Befragten für die große Bereitschaft, sich intensiv mit den Fragen auseinanderzusetzen und sie ausführlich zu beantworten.

Die Antworten wurden vom Öko-Institut auf der Basis der – fast wörtlichen – Mitschriften sinngemäß zusammengefasst und sind nachfolgend in anonymisierter Form wiedergegeben. Sehr ähnliche Antworten verschiedener Befragter wurden in einer Aussage zusammengefasst.

Mehrfachnennungen sind mit Strichen hinter der Antwort gekennzeichnet.

1. Wahrnehmung der BG A-II in der Öffentlichkeit:

a) *Wie schätzen Sie die Bekanntheit bzw. die Wahrnehmung der BG A-II in der Öffentlichkeit / bei bestimmten Zielgruppen ein? Worauf beruht diese Einschätzung?*

- Wahrnehmung der BG ist in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht sehr groß, wird eher implizit wahrgenommen. II
- BG hat keine eigene Corporate Identity entwickelt, sich nicht selbst darstellt.
- Bekanntheit, dass die Region im Prozess eingebunden ist, ist groß. Das Bild der BG aber eher diffus, Ursache: zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit.
- Begleitgruppe – Koordinationskreis – Klägergruppe sind für die Öffentlichkeit schwer auseinanderzuhalten.
- BG A-II und AGO werden verwechselt.

- Der Prozess wird über die Ergebnisse transportiert (nicht über die BG).
- Die Besetzung der BG ist in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht bekannt.
- Einzelne Personen sind bekannt, aber nicht in erster Linie in ihrer Funktion als Mitglieder der BG. II
- Rolle und Rechte der BG sind in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht bekannt
- Die BIs / der Koordinationskreis erreichen mehr Öffentlichkeit. II

Spezielle Gruppen:

- Einzelpersonen, die sich ständig informieren / intensiver mit dem Thema befassen, wissen über die Existenz der BG und grob über ihre Rolle Bescheid. III
- Mitglieder des Koordinationskreises / der BIs sind deutlich besser informiert.
- Gewisser Bekanntheitsgrad der BG im Kreis Wolfenbüttel. Darüber hinaus gar nicht. IIII
- Von den offiziellen Vertretern auf der Gemeindeebene sind nur einzelne gut informiert. Im Rahmen der periodischen gemeinsamen Sitzungen der Gemeinden innerhalb der Samtgemeinde kann aus zeitlichen Gründen nicht detailliert informiert werden.
- Keine Zielgruppen spezifischen Unterschiede in der Wahrnehmung der BG.

Einschätzung beruht auf:

- Vermutung
- fragenden Blicken bei Veranstaltungen
- positiver Rückmeldung aus der Bevölkerung

b) Welche Zielgruppen sollen erreicht werden und wurden sie erreicht?

- Die Geschäftsordnung sieht vor, Transparenz zu schaffen. Das heißt nicht zwangsläufig, dass die BG selber stark in der Öffentlichkeit präsent sein muss. II
- Der Arbeitsauftrag besteht in der Aufarbeitung von Sachständen, nicht in der Öffentlichkeitsarbeit.
- BG ist aber keine Geheimgruppe.
- Die BG arbeitet nicht für bestimmte Zielgruppen sondern für alle Bürger der Region. IIIII
- Zielgruppe sind die Menschen im Landkreis, die wurden recht gut erreicht.

- Richtung Politik wurde das Signal gegeben, dass sich jemand um den Prozess kümmert; Sensibilisierung hat stattgefunden. Politik als Zielgruppe wurde erreicht.
- Die Meinung des Landkreises und des Koordinationskreises zu den bisher relevanten Fragen ist ähnlich. Beide werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen.
- Eigene Wahrnehmung der BG evtl. später relevanter.
- BG hat sich die Rollen mit anderen Playern (politischen Vertretern, Bls) aufgeteilt
- Die BG ist ein Scharnier, nicht der Nabel der Welt, sie hat Gruppen zusammengeführt.

c) *Welche Maßnahmen haben bisher im Wesentlichen die Wahrnehmung der BG A-II durch die Öffentlichkeit bestimmt?*

Durchgeführte Maßnahmen:

- Presserklärung II
- Die meisten Informationen wurden über die (örtliche) Presse transportiert. III
- TV teilweise.
- Die Braunschweiger Zeitung wird in der Region nicht so viel gelesen, ist aber trotzdem wichtig gewesen.
- Presse (Braunschweiger Zeitung, „Schaufenster“ (regionale Wurfzeitung))
- Die Infoveranstaltung hat zur Wahrnehmung der BG beigetragen, auch wenn sie nicht durch die BG durchgeführt wurde. IIIII
- Wesentlich ist Mund-zu-Mund-Propaganda im Umfeld des Prozesses.
- Infoveranstaltung auf Ebene der Partei (bezirkswweit)
- Infoveranstaltungen der Bls nehmen Bezug auf BG (Funktion, Möglichkeiten, Grenzen) II
- Landrat ist als Repräsentant der BG in den Medien aufgetreten.
- Einbeziehung von Experten und Ministerien

Nicht genutzte Maßnahmen:

- In der kostenlosen Wurfzeitung „Schaufenster“ war die BG bisher zu wenig präsent.
- Bei der letzten Informationsveranstaltung trat der Landkreis als Veranstalter auf. Es wurde über die BG aber nicht durch die BG informiert.
- Organisation der Infoveranstaltung durch den Landkreis hat auch zur Vereinfachung der Organisation und Verringerung des Abstimmungsbedarfs innerhalb der BG geführt.

- Die Personen in der BG sprechen öffentlich eher für die von ihnen vertretenen Gremien.

2. Information über wichtige Ergebnisse und Ereignisse:

a) Was ist aus Ihrer Sicht das wichtigste Ergebnis der bisherigen Arbeit der BG A-II?

- BG hat (neben vielen anderen) dazu beigetragen,
 - dass das Verfahren jetzt nach Atomrecht geführt werden wird,
 - dass der Betreiberwechsel vollzogen wird. II
- Der Gesprächs-/Diskussionsprozess ist in Gang gekommen, die Information läuft.
- Die Qualität der Lösung wird besser, weil reflektiert / Lösungsansätze an verschiedenen Positionen gespiegelt werden.
- Das Ziel der sicheren Verwahrung anstelle des Endlagers Asse in den Vordergrund gerückt.
- Die Spezialisten müssen ihre Aussagen auf das Wesentliche zurückführen, um sie den „Laien“ zu vermitteln. Standard-Antworten funktionieren nicht mehr. → Der Prozess selber ist wichtig.
- Viele Punkte wurden durch Mitwirkung der BG aufgeklärt. (z.B. kontaminierte Lauge: wurde vom Kreistag an die Öffentlichkeit gebracht, durch die auch in der BG vertretenen Personen). II
- Die eingefahrene Situation wurde aufgebrochen. Es wurden Einschnitte erreicht. Fragen gestellt, die sonst nicht auf den Tisch gekommen wären. IIII
- BG hat Ergebnisse produziert, die andere (z. B. Umweltausschuss) aufgegriffen haben.
- Aufweichung der verfestigten Haltung der Ministerien (das hätten die BIs alleine nicht erreichen können).
- Die Mitwirkung der Experten in der AGO ist ein Erfolg, der zu mehr Transparenz beigetragen hat.
- Politik und Bürgerbewegung ziehen an einem Strang. Große Harmonie und Einheitlichkeit in den Aussagen feststellbar, siehe z.B. breite Zustimmung zur Wolfenbütteler Resolution (März 2006). IIII
- positives Beispiel für gelungene Beteiligungsform zur Vertretung gesellschaftlicher Interessen

b) Wie und durch wen wurde dieses Ergebnis in der Öffentlichkeit kommuniziert?

- Kommunikation erfolgte durch Presse, Funk und Fernsehen III
- Presselawine ist Folge eines vereinbarten Prozesses der BG

- Kommunikation zum Thema Betreiberwechsel erfolgte durch Politik auf Landes- und Bundesebene, weniger auf regionaler Ebene.
- Presse ist vor Ort am wichtigsten und am sachlichsten, Fernsehen ist dagegen eher auf „Sensationsberichte“ ausgerichtet.
- Der Koordinationskreis / die BIs hatten in der Kommunikation von Erkenntnissen und Ergebnissen eine stärkere Rolle als die BG. IIII
- Durch die BG selbst wurde zu wenig kommuniziert.
- Das Tempo, mit dem sich die Ereignisse entwickelten, konnte außer den BIs niemand mithalten (auch die Politik nicht).
- Aus Gründen des internen Umgangs hätte die BG die Rolle der BIs nicht übernehmen können, Zurückhaltung hat dem inneren Prozess gut getan. II
- Über den Beitrag der BG wird nicht explizit informiert. II
- Die Fakten sind der Erfolg, weniger, wer dahinter steht. (Auch wenn die Verbindung der BG mit den Erfolgen ruhig bekannter sein könnte).
- Die Grundstimmung wurde nicht kommuniziert – ist nicht schlagzeilen-trächtig.
- Zurückhaltung der BG in der Öffentlichkeit war bisher positiv, damit die BG nicht als selbstdefinierter Player wahrgenommen wird → weniger Konfrontation mit Ministerien
- Die BG muss bei ihren Darstellungen in der Öffentlichkeit auch die Situation der Beschäftigten in der Region im Auge behalten.

c) *Hat die Medienberichterstattung zur Asse in den letzten Monaten Einfluss auf die Kommunikation der BG A-II nach außen und innerhalb der Gruppe gehabt? Welches waren die Auswirkungen?*

- Eher geringer Einfluss auf die Arbeit der BG, weil das Hauptziel / die Agenda, der Optionenvergleich, im Vordergrund standen. IIII
- Geringer Einfluss auf die Außenkommunikation der BG
- Allerdings bekommt man mehr Informationen als früher,
 - weil die Politik sich durch die Medienpräsenz stärker bewegt (z. B. tagen (Umwelt-)ausschüsse auf Bundes- und Landesebene teilweise öffentlich zum Thema Asse),
 - weil mehr Austausch passiert, wenn die Presse Informationen anmahnt.
- Der Erfolg hat die Bedeutung und das Gewicht der BG erhöht. BG wird ernster genommen, weil sie den Stein ins Rollen gebracht hat. (Entsprechende Rückmeldungen sind bekannt).

- Beobachtung durch Medien und Öffentlichkeit hat ernsthafte und konsequente Arbeit der BG gefördert → die Arbeit hat vom allgemeinen Interesse profitiert.
- Einzelne Personen der BG stehen stärker in der Öffentlichkeit (allerdings nicht in erster Linie als Vertreter der BG), die Arbeit der BG wird dadurch aber nicht beeinträchtigt. II
- Auswirkungen haben sich eher von der BG auf die Pressearbeit ergeben.
- Intern wurde eine Missbilligung der Schärfe der Berichterstattung durch einzelne Mitglieder wahrgenommen.
- Beteiligungswünsche anderer Gemeinden könnte auch auf die hohe Resonanz des Themas in den Medien zurückgeführt werden.
- Auswirkungen des Medieninteresses auf die Region sind spürbar. Man steht jetzt als „Atomklo“ da, vergleichbar zu Gorleben. Negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation und das Image. → Muss durch Schaffung zielorientierter Lösungen beseitigt werden. II
- Positiv, dass der Findungsprozess der BG abgeschlossen war, bevor das Medieninteresse so groß wurde → stabiles Rollengefüge war bereits vorhanden

3. Zukünftige Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II:

a) *Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Ziele, an denen sich die der Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II orientieren sollte?*

- Großes Spektrum der Öffentlichkeit abdecken (nicht nur die, die sowieso sehr interessiert sind). Die Bürger (alle nicht nur bestimmte Kreise) durch Information mitnehmen. II
- Es sollte vor allem die breite Öffentlichkeit angesprochen werden. Spezielle Zielgruppen, die sich betroffen fühlen, kommen sowieso.
- Fragen, Sorgen und Anregungen aus der Bevölkerung aufnehmen.
- Originäre Interessen der Bevölkerung vertreten.
- Als Ansprechpartner für die Bevölkerung verfügbar sein.
- Für die breite Öffentlichkeit leicht verständlich sein. Hochkomplexe Vorgänge nachvollziehbar vermitteln II
- Sachlich und verständlich informieren, nicht in Fachwissen und Detailfragen ergehen. Klar aufzeigen, was die wichtigsten Aspekte sind. III
- Defizite aus anderen Berichterstattungen ausgleichen, wo Lücken vorhanden sind. Aber auch Querverweise zu anderen Infoquellen. III
- Diskussion über Gefahrenszenarien (z. B. im Zusammenhang mit Verbringung der Lauge) versachlichen.

- Auf Bedarf ausgerichtet - sowohl kurze übersichtliche Informationen als auch Hintergrundinfos (z.B. historischen Abriss, Reflexion über die Ereignisse in 2008 anbieten).
- Zwischen detaillierten und allgemeinen Informationen differenzieren, Unterschiedlichen Tiefgang anbieten.
- Für die Region die beste (unter den schlechten) Lösungen erreichen.
- Sofern erforderlich, Gegenwicht zur Öffentlichkeitsarbeit des Betreibers darstellen. Konkrete Ziele sind auch vom zukünftigen Rollenverständnis der Beteiligten, z. B. BMU abhängig.
- Es muss deutlich werden, dass die Info der BG nicht Interessen gelenkt ist. Überparteiliche und objektive Information. Ggb. anderen Informationen abgrenzen, falls erforderlich.
- Umgang mit Asse-Mitarbeitern: sozialer Sprengstoff in der Region, Relevanz klären; Moderation nicht den Politikern überlassen

b) Welche Themen sollte die Öffentlichkeitsarbeit der BG A-II auf jeden Fall umfassen?

- Die BG und ihre Mitglieder so darstellen, dass sie für die Öffentlichkeit ansprechbar sind.
- Die Ziele und Rolle der BG verständlich machen.
- Strahlenschutz, Strahlenbelastung, Messergebnisse aus Überwachungen, auch wenn dazu bisher noch keine konkreten Antworten gegeben werden können.
- Rückholung und möglicher Verbleib der Abfälle → Widerstände aus potenziell betroffenen Regionen sind zu erwarten.
- Allgemeines Informationsbedürfnis über Belastungen der Umgebung. Es müssen Zahlen auf den Tisch, die anhand von Beispielen (aus der eigenen Vorstellungswelt) verständlich gemacht werden.
- Gefährdung von Beschäftigten (auch in früheren Zeiten → Langzeitfolgen) und Öffentlichkeit neu bewerten, Ängste der Bevölkerung ernst nehmen.
- Information zum Betreiberwechsel; den Prozess und die Rollen kritisch begleiten, z.B. Rolle des BfS als Betreiber und Aufsicht – wo reflektiert sich BfS? – Zuziehung internationaler Gremien / Experten sinnvoll
- Information über Entwicklungen in der Anlage, die aktuelle Situation III
- Umfassende und zügige Information über alle wichtigen Sachverhalte und Entwicklungen III
- Allgemein verständliche Zusammenfassung der Gutachten, die anstehen. Aufarbeitung der Sachverhalte
- Notwendigkeit und Ergebnisse des Optionenvergleichs darstellen. II

- Auf mögliche Gefahren und Risiken hinweisen, differenzieren zwischen Auswirkungen heute und für zukünftige Generationen. II
- Bestehende Diskussionen über wirtschaftliche Auswirkungen aufgreifen.
- Den Wert der Region als Lebensraum für die jetzige und kommende Generationen ernst nehmen: Lösungen finden, die im Lebensraum machbar sind.
- Vergangenheit aufarbeiten und daraus lernen

c) Halten Sie bestimmte Formen der Öffentlichkeitsarbeit für besonders geeignet – allgemein – Zielgruppen spezifisch – Themen spezifisch?

Zielgruppen:

- Evtl. Ansprache für Erwachsene – Jugendliche/Kinder unterscheiden.
- politische Vertreter informieren, die aus der Öffentlichkeit angesprochen werden. (Kommunen: Bürgermeister/Räte, Landtagsabgeordnete) II
- Behörden

Formen/Methoden:

- Präsenz in der kostenlosen Wurfzeitung „Schaufenster“ ausbauen.
- Eigene Website, um direkt über die Arbeit der BG zu informieren IIIII
- Email-Verteiler / Newsletter II
- Eigener Briefkopf, auch um die Identifikation durch die Medien zu erleichtern.
- Häufiger Infoveranstaltungen für die Öffentlichkeit, dafür fokussierter: jedes Mal nur ein Thema. Die Öffentlichkeit nicht mit Informationen erschlagen. Rückfragen ermöglichen IIII
- das gesprochene Wort (nicht nur in Vorträgen) ist wichtig. II
- direkte Ansprache der Betroffenen und Interessierte, z.B. über Ansprache von Vereinen im näheren und weiteren Umkreis durch BG-Mitglieder (ist aber mit großem Aufwand verbunden)
- Medien ansprechen.
- Pressemitteilungen nach BG-Sitzungen
- Pressekonferenzen, ggf. auch in Hannover
- Presse → könnte schlagkräftiger sein
- Ansprechpartner bereitstellen, die mindestens auf Informationsquellen verweisen können.
- Flyer, die gezielt an öffentlichen Plätzen ausgelegt werden (z.B. Bahnhof,

Multiplikatoren:

- Multiplikatorenansprache kann sinnvoll sein. Beachten: Briefing der Multiplikatoren ist bei den schnellen dynamischen Entwicklungen und Änderungen schwierig III
- Einsatz von Multiplikatoren birgt Gefahr, dass Dinge untergehen.
- Multiplikatoren Briefing kann nicht durch Kurse wie in anderen Bereichen erfolgen. Würde direktes Gespräch mit den Multiplikatoren erfordern. II
- Multiplikatoren müssen Vertrauensbonus haben, dürfen nicht vom BfS (von der Infostelle des BfS) abhängig sein.
- BG ist selber Multiplikator III
- wo möglich auf bestehende Institutionen verweisen, z.B. Gesundheitsamt
- Mögliche Multiplikatoren:
 - Kirche (ist neutral, macht Jugend- und Erwachsenenarbeit) II
 - Volkshochschule (Bildungsnetzwerk aufbauen)
 - Regionale Presse - evtl. Pressevertreter als nicht stimmberechtigtes Mitglied in die BG aufnehmen.
 - Bürgermeister – evtl. über spezielle Plattform informieren
 - örtliche BIs (können inzwischen auch Gruppen ansprechen, die früher nicht erreichbar waren) II
 - unparteiische Forschungsinstitutionen
 - Lehrer, Hochschulen (junge Leute erreichen) II
 - Vereine (z.B. Jäger) II